

Soziale Marktwirtschaft und Demokratie weltweit



Das Beispiel der
muslimisch geprägten Welt

Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Das Miteinander der Religionen ermöglichen
- 6 „Ein Gespenst geht herum in Europa“

Workshop 1: Wettbewerb

- 8 Copy & Paste ist keine Lösung
- 11 Für einen fairen Boxkampf
- 13 Nach europäischem Vorbild

Workshop 2: Soziale Sicherung

- 17 „Das Potenzial für Zakat liegt bei einer Billion Dollar weltweit“
- 19 „Der Staat gibt, der Staat entscheidet“
- 21 „Worauf warten wir? Auf die Krise?“
- 23 Das Eine für die Gegenwart – das Andere fürs Jenseits

Workshop 3: Bildung / Ausbildung

- 25 Was fehlt, ist ein Neubau des Bildungssystems
- 27 „Berufsausbildungen haben in der Türkei kein Ansehen“
- 28 „Frauen spielen eine viel zu geringe Rolle“
- 29 „Es hilft uns nicht, wenn alle studieren gehen“
- 30 „Ausbildungen dürfen nicht als Notlösung angesehen werden“

Workshop 4: Islamic Banking

- 32 Koran-konforme Konkurrenz
- 34 „Die Sukuks werden den Markt ankurbeln“
- 36 Wäre die Finanzkrise mit Islamic Banking nicht passiert?

- 38 Was bleibt? – Erkenntnisse des Projektes für den Bereich Islam und Religionsdialog sowie für die internationale Zusammenarbeit
- 41 Die Autoren aus der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 43 Impressum

Vorwort

von Dr. Gerhard Wahlers



Dr. Gerhard Wahlers

Auch im vierten Jahr nach den Umbrüchen in der arabischen Welt hat die Region des Nahen und Mittleren Ostens mit vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen. Eines von vielen Beispielen ist die Jugendarbeitslosigkeit in den arabischen Ländern, die

laut Angaben der Vereinten Nationen mit durchschnittlich 26 Prozent noch immer fast doppelt so hoch ist wie im globalen Vergleich. Auch in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit außerhalb der arabischen Welt existieren wirtschaftliche und gesellschaftliche Problemstellungen. So sind Indonesien und Malaysia Schwellenländer, die eine auf den ersten Blick beeindruckende wirtschaftliche Erfolgsgeschichte erzählen. Allerdings offenbart ein zweiter Blick auf den teilweise rasanten Aufschwung sozio-ökonomische Begleiterscheinungen wie beispielsweise die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung waren diese Beobachtungen Grund genug, die gesamte Vielfalt der muslimischen Welt in den Blick zu nehmen und gemeinsam mit Experten aus den betroffenen Ländern Chancen und Möglichkeiten zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu diskutieren.

Als geeignetes Konzept erschien uns die Soziale Marktwirtschaft, da diese untrennbar mit dem wirtschaftlichen Erfolg und der sozialen Stabilität in Deutschland verbunden ist. Das Werben für die Soziale Marktwirtschaft und der Dialog über eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehören daher seit jeher zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Obwohl die Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft auch auf Ideen der christlichen Soziallehre zurückgehen, sind die zugrundeliegenden Bestandteile von Freiheit und Verantwortung universeller Natur und begründen ein Ordnungsmodell, das unabhängig von religiöser Prägung Attraktivität entfalten kann. Deshalb ist die Frage nach den Voraussetzungen für eine mögliche Etablierung von Elementen der Sozialen Marktwirtschaft in der muslimisch geprägten Welt nur auf den ersten Blick überraschend.

Und genau an dieser Stelle setzte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Projekt „Soziale Marktwirtschaft und Demokratie weltweit – Das Beispiel der muslimisch

geprägten Welt“ an. Die vorliegende Broschüre gibt einen Einblick in den Projektverlauf und hält die Ergebnisse der insgesamt vier Kontinent-übergreifenden thematischen Workshops fest, die im Jahresverlauf 2015 durchgeführt wurden. Im Mittelpunkt stand dabei jeweils ein konkreter Teilbereich der Sozialen Marktwirtschaft, über den Experten aus Deutschland mit Partnern aus der gesamten muslimisch geprägten Welt – von Asien über den Nahen Osten, Nordafrika und Südosteuropa bis nach Afrika südlich der Sahara – ins Gespräch kamen. Im Senegal wurde über die Wettbewerbsordnung diskutiert, in der Türkei über Systeme sozialer Sicherung, in Tunesien über (Aus-)Bildungssysteme und in Malaysia schließlich über das Finanz- und Bankenwesen mit einem Schwerpunkt auf Islamic Banking. Das zentrale Fazit lautet: Das Interesse an dem deutschen Erfolgsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ ist so hoch wie lange nicht, einer der Teilnehmer sprach gar von einem „Best Practice Beispiel“ für die Vereinbarkeit von sozialen und ökologischen Werten und wirtschaftlichem Erfolg. Es gilt, die jeweils passende ordnungspolitische „Übersetzung“ und Adaption der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu finden.

Mein besonderer Dank gilt neben den Teilnehmern des Projekts auch den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung im In- und Ausland, die an der Vorbereitung und Durchführung der Workshops beteiligt waren. Einmal mehr ist deutlich geworden, auf welche wertvolle Netzwerke wir in unseren Partnerländern durch die Arbeit vor Ort zurückgreifen können.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung
Leiter Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit

Das Miteinander der Religionen ermöglichen

Interview mit Dr. Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident des Europäischen Parlaments a.D.



Dr. Hans-Gert Pöttering

Wie engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung im Dialog mit dem Islam und in der muslimisch geprägten Welt?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung widmet sich seit vielen Jahren weltweit und in Deutschland auf vielfältige Art und Weise dem Dialog mit Muslimen

und Fragen des Islams. Im Mittelpunkt unserer Stiftungsarbeit stehen die weltweite Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Meinungs- und Pressefreiheit und die Förderung von Frauenrechten. Dabei sind in zahlreichen Auslandsbüros der Stiftung – gerade auch in muslimisch geprägten Ländern – Muslime unsere selbstverständlichen Partner. Wichtig ist für uns dabei stets ein Dialog auf Augenhöhe. Ein schönes Beispiel aus dem weltweiten Engagement der Stiftung fällt mir zu Indonesien ein, immerhin der Staat mit der weltweit zahlenmäßig größten muslimischen Bevölkerung. Dort sind die Förderung des Dialogs zwischen den Religionen und die Diskussion über die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam ein besonderes Anliegen unseres Länderprojekts.

Unter dem Titel *Religion and Human Rights* wurden von 2008 bis 2014 zusammen mit einem Kooperationspartner, der dortigen staatlichen Islamischen Universität, landesweit Lehrer an Koranschulen, sogenannte Pesantren, zu den Themen Menschenrechte, Toleranz und interreligiöser Frieden geschult. Ein schönes Beispiel, wie ich finde, eines konkreten Stiftungsengagements in der muslimisch geprägten Welt.

In Deutschland veranstalten wir in regelmäßigen Abständen Islamgespräche, um Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit muslimischen Intellektuellen in ein Gespräch über theologische Fragen des Islams zu bringen. Wir publizieren zahlreiche politikberatende Papiere zu Fragen der muslimischen Lebenswirklichkeit in Deutschland, z.B. zu Besonderheiten des Alevitentums, und wir organisieren Expertengespräche zu konkreten Herausforderungen für Muslime in Deutschland. So ist etwa ein zentrales Thema der Deutschen Islamkonferenz in dieser Legislaturperiode die muslimische Seelsorge, weshalb auch wir als Stiftung uns der Frage gewidmet haben, ob und wie muslimische Seelsorge in Justizvollzugsanstalten, Krankenhäusern und der Bundeswehr ausgeweitet werden müsste. Dabei stehen

wir stets im direkten Kontakt mit Muslimen selbst. Die Gründung des Muslimischen Forums Deutschland im Frühjahr 2015 haben wir daher unterstützt. Es ist gut, wenn sich Sunniten, Schiiten, Aleviten, Jeziden und christliche Unterstützer zusammenfinden und über konkrete Fragen des Islams in Deutschland miteinander – statt übereinander – diskutieren. Solche zivilgesellschaftlichen Plattformen des Dialogs gilt es auch weiterhin zu unterstützen.

Welche Bedeutung hat das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung?

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft war stets und ist nach wie vor eine tragende Säule der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dieser Schwerpunkt zieht sich durch alle Bereiche der Stiftung – von der historischen Bearbeitung, der politischen Bildung und der Politikberatung bis hin zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit. Die Soziale Marktwirtschaft betont die Eigenverantwortung des Menschen und beruft sich auf die unveräußerlichen Freiheitsrechte jedes Einzelnen. Sie ist nicht nur unsere Wirtschafts-, sondern auch unsere Gesellschaftsordnung und begründet damit eine Solidargemeinschaft, die den Schwächeren und den Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht an wirtschaftlichen Prozessen teilhaben können, ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die nötige Unterstützung zukommen lässt.

Die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Elementen wie dem Pochen auf eine funktionierende Wettbewerbsordnung, einem gerechten System der sozialen Sicherung und

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell, das wirtschaftliches Wachstum mit gesellschaftlichem Zusammenhalt verbindet und daher aus gutem Grund weltweit als Konzept gefragt ist.“

„In einer Zeit, in der auch Deutschland vielfältiger wird, ist es wichtig, auch mehr über den Facettenreichtum des Islams zu erfahren und mit Muslimen über anwendungspraktische Themen von Demokratie und Wirtschaft zu sprechen.“

einem Bildungs- und Ausbildungssystem, das jedem Menschen Chancengleichheit und Aufstiegschancen verspricht, ist mitverantwortlich für die erfolgreiche Entwicklung Deutschlands der vergangenen Jahrzehnte. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell, das wirtschaftliches Wachstum mit gesellschaftlichem Zusammenhalt verbindet und daher aus gutem Grund weltweit als Konzept gefragt ist. Gerade in den dynamisch wachsenden Regionen dieser Welt stellt sich doch besonders die Frage, wie ein Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindert werden kann. Als Stiftung verstehen wir es daher auch als unsere Aufgabe, die Hintergründe und Erfolgsrezepte der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder aufzuzeigen und in unsere weltweite Stiftungsarbeit einzubauen.

Im Rahmen des Projekts „Soziale Marktwirtschaft und Demokratie weltweit – Das Beispiel der muslimisch geprägten Welt“ hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung im Verlauf des Jahres 2015 Kontinent-übergreifend in unterschiedlichen Workshops mit verschiedenen Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft befasst. Welche Relevanz besitzt das Projekt in einer Zeit, in der viel über Muslime und den Islam diskutiert wird?

Zuerst einmal kann festgehalten werden, dass das beschriebene Projekt in vielerlei Hinsicht eine Bedeutung für die Stiftungsarbeit besitzt und zahlreiche konkrete Ergebnisse vorzuweisen hat. Wir haben uns als Stiftung bereits in der Vergangenheit intensiv mit theoretischen Fragen über Gemeinsamkeiten einer islamischen Wirtschaftsordnung und unserem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft befasst. Dieses Projekt hat nun in einem weiteren Schritt in allen Weltregionen, in denen muslimisch geprägte Gesellschaften vorherrschen, von Afrika südlich der Sahara, über den Nahen Osten und Europa bis Asien, Kontinent-übergreifend Experten auf der Arbeitsebene zusammengebracht. Diese Experten konnten über konkrete Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Bereichen Wettbewerbsordnung, soziale Sicherungssysteme, Bildungs- und Ausbildungswesen und im Banken- und Finanzwesen beraten. So wurde

deutlich, dass etwa die islamische Almosensteuer Zakat, die immerhin eine der fünf Säulen des Islams ist, innerhalb der muslimisch geprägten Welt unterschiedlich organisiert ist. Während in Tanzania die Zakat auf kommunaler Ebene, meistens über die Moscheegemeinden, eingesammelt wird, erfolgt die Zakat-Einzahlung in Malaysia staatlich. Das Ergebnis ist beeindruckend, weil es doch die Vielschichtigkeit von Abläufen innerhalb der islamischen Welt zum Ausdruck bringt. Wir wissen heute außerdem, dass nur etwa fünf Prozent der Muslime weltweit überhaupt in islamischen Banken ihr Geld anlegen und die frühkindliche Bildung in vielen muslimisch geprägten Ländern bisher weitestgehend durch die Familien erfolgt.

So hat sich im Rahmen des Projekts u. a. bestätigt, dass das System der dualen Berufsausbildung, wie wir es in Deutschland kennen, in der muslimisch geprägten Welt sehr gefragt ist. Für uns wiederum dürfte wichtig sein, mehr darüber zu erfahren, wie das System des Zakat den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt, da hier doch eine deutliche Komponente der gegenseitigen Fürsorge zu erkennen ist.

Entscheidend ist allerdings, dass durch das Projekt einmal mehr deutlich wurde, wie wichtig es ist, Räume der Begegnung zu schaffen und sich offen über konkrete Themen auszutauschen. In einer Zeit, in der auch Deutschland vielfältiger wird, ist es wichtig, auch mehr über den Facettenreichtum des Islams zu erfahren und mit Muslimen über anwendungspraktische Themen von Demokratie und Wirtschaft zu sprechen. Dies hat auch eine gewisse Strahlkraft für die muslimischen Gemeinschaften in Deutschland. Ein solcher Austausch muss respektvoll, offen und interessiert stattfinden und von einer gegenseitigen Neugierde geprägt sein. Vieles in der muslimisch geprägten Welt findet mit einer gewissen Portion Pragmatismus wie bei uns statt und nicht immer spielt Religion dabei eine Rolle. Deutlich wurde einmal mehr, dass es viele Gemeinsamkeiten und ein großes gegenseitiges Interesse gibt. Daher war dieses Projekt ein wichtiger Beitrag, um das Miteinander der Religionen zu fördern – in Deutschland und weltweit.

Das Interview führten Thomas Volk und Gunter Rieck Moncayo.

„Ein Gespenst geht herum in Europa“

Kommentar von Dr. Petra Bahr, Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS



Dr. Petra Bahr

Ein Gespenst geht herum in Europa: der Geist religionsloser moderner Gesellschaften, in denen nur der Gott des Geldes regiert, in denen der Mensch sich selbst zum höchsten Wesen wird – und gerade so des Menschen Wolf zu werden droht, weil er nichts und niemanden jenseits seiner Selbst akzeptiert.

Der distanzierte Blick von außen mag Europa manchmal so dastehen lassen, als eine tief vom Christentum geprägte, einflussreiche Kultur, von der nur noch das Weltkulturerbe übrig geblieben ist: Ihr Symbol sind menschenleere Kathedralen, in denen niemand mehr betet. Es mag Stimmen in Europa selbst geben, die dieses Gespenst sogar als Geist der radikalen Moderne begrüßen. Macht Religion nicht unmündig? War sie nicht auch in Europa eine Quelle von Gräueln und Gewalt, weil Christen sich selbst und Andersgläubige blutig bekämpften? Werden Gläubige nicht geistlichen Autoritäten unterworfen und einem fremdem Willen, der aus heiligen Büchern abgeleitet wird, an denen der Staub von Jahrhunderten hängt?

Die Spur des Christentums ist breiter und tiefer. Sie ist längst nicht versiegt, sondern zeigt sich in feinen Verästelungen der Ideen über den Menschen, über das Maß des Wirtschaftens, über das Prinzip der Wissenschaften und der Bildung, über eine politische Kultur, in der alle vor dem Gesetz gleich sind. Das unsichtbare Christentum Europas ist nicht der Gegengeist der Aufklärung oder gar der Spuk des Nichtaufgeklärten. Das Christentum ist, oft mit Mühen, selbst durch die Aufklärung hindurch gegangen. Es hat die Vorstellungen der Moderne mit geprägt: Vorstellungen des Individuums, der Freiheit, der Sorge und der öffentlichen Güter.

Das begann, als das Christentum sich selbst eine Geschichte gegeben hat. Dazu braucht es Kritik an heiligen Schriften und an heiligen Männern, die Einsicht, dass göttliche Wahrheit dem Menschen zur Auslegung zugemutet, aber niemals verfügbar gemacht werden kann. Die Unterscheidung von säkularem Staat und der religiösen Freiheit der Bürger in demokratisch verfassten Gemeinwesen hat die Religion nicht zerstört, sondern ihr neue Freiräume gegeben. Deshalb kommt es nicht von ungefähr, dass sich die Idee der nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft Ökonomen verdankt, die sich im christlichen Glauben verwurzelt sahen.

Der Markt ist frei, um den Menschen zu dienen. Menschen sind frei, Verantwortung zu übernehmen. Sie geben sich selbst eine Ordnung, damit die Freiheit für alle da ist. Das ist eine anspruchsvolle Übersetzung religiöser Überzeugung in die säkulare Rationalität der Ökonomie. Wenn nun die Konrad-Adenauer-Stiftung in einem länderübergreifenden Projekt fragt, ob und wie in muslimisch geprägten Ländern ähnliche Übersetzungen von religiös grundierten Menschen- und Gesellschaftsbildern samt ihren Institutionen für eine am Maß des Menschen orientierte, freie, soziale und demokratische Marktwirtschaft gefragt wird, dann ist die Botschaft eine doppelte: 1. In den globalen Netzwerken der Wirtschaft braucht es auch Haltepunkte im Islam, damit die Logik der Ökonomie möglichst vielen Menschen in der Welt dient. Deshalb begleiten wir die praktischen, die politischen und die theologischen Entwicklungen des Islams in Deutschland und in der Welt mit besonderer Intensität. 2. Europa ist christlicher geblieben, als manche befürchten oder beklatschen. Weil die bleibende Prägung des christlich-kulturellen Erbes, das auch philosophische, jüdische und muslimische Einflüsse nicht negiert, uns bis in den Kern westlicher Grundüberzeugungen bestimmt, ist dieses Projekt auch ein Ausweis dafür, dass die Kultur der gleichen Freiheit keine schwache, sondern eine starke Ordnung ist. Religion kann in dieser Ordnung eine produktive Rolle spielen.

Um für diese starke Ordnung einzutreten, für sie zu werben und sie zu verteidigen, braucht es eine Haltung, die auch vor den komplizierten und offenen Fragen des sich globalisierenden Wirtschafts-, Bildungs- und Politiksystems der Zukunft nicht zurückschreckt. Dieser Haltung fühlt sich die Stiftung verpflichtet.

Concurrence

Workshop 1

Wettbewerb

Copy & Paste ist keine Lösung

Andere, muslimisch geprägte Länder können vom deutschen Wettbewerbsrecht lernen – es aber nicht 1:1 übernehmen

von Anna Klein und Siri Warrlich

Wenn die Spieler am laufenden Band foulern, macht Fußball keinen Spaß mehr. Dann ist der Schiedsrichter gefragt. Dasselbe gilt, im übertragenen Sinne, für eine Volkswirtschaft – sie braucht eine Wettbewerbsordnung, die Fouls bestraft. Wer Peter Hoeltzenbein vom deutschen Bundeskartellamt einige Minuten lang zuhört, bekommt den Eindruck: alles ganz simpel. Dass das nicht der Fall ist, beweist schon ein Blick auf das ausgeklügelte System für die Wettbewerbsordnung in Deutschland: Statt einer Behörde für das Wettbewerbsrecht hat die Bundesrepublik gleich zwei – das Bundeskartellamt und die Bundesnetzagentur. Während das Kartellamt Unternehmen kontrolliert, reguliert die Bundesnetzagentur sogenannte netzgebundene Märkte, die sich besonders für Monopole eignen, wie beispielsweise das Postwesen. Im Jahr 2014 verhängte das Bundeskartellamt Strafen in Höhe von 1,12 Milliarden Euro gegen 67 Unternehmen – zum Beispiel für Absprachen unter Firmen zu Preisen oder Geschäftsgebieten.

Ein gut durchdachtes Wettbewerbsrecht und Behörden, die seine Einhaltung kontrollieren – das sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Volkswirtschaft. Aber wie können Länder, in denen die Wirtschaft unter Klientelpolitik oder Korruption leidet, freien Wettbewerb verbessern? „Copy & Paste“ jedenfalls der deutschen Wettbewerbsordnung und der Institutionen, die die Einhaltung in Deutschland gewährleisten, ist keine Lösung. Das zeigen drei Beispiele aus dem Senegal, Malaysia und der Türkei.

Prof. Abdoulaye Sakho, Directeur Ecole Doctorale Sciences Juridiques, Politiques, Economiques et de Gestion an der Universität Cheikh Anta Diop (Senegal)

Der Senegal, sagt Professor Sakho, befindet sich in Sachen Wettbewerbsordnung in einer paradoxen Situation. Dass eine solche Ordnung wichtig ist, will der Professor nicht bestreiten. Aber bevor Kartelle zum Problem werden können, müssen sich erst einmal große Firmen etablieren. „Für uns und andere Länder in der UEMOA – also der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft – ist es wichtig, dass sich große Firmen in unseren Ländern ansiedeln“, sagt Sakho. „Aber dann kommt schnell die Wettbewerbsbehörde der UEMOA und kritisiert uns wegen Marktkonzentration.“

Rund 80 Prozent der Unternehmen im Senegal gehören laut Sakho zum informellen Wirtschaftssektor, also jenem



Prof. Abdoulaye Sakho

Teil der Volkswirtschaft, der in keiner offiziellen Statistik erfasst ist. „Die Gesetze der UEMOA sind für große Firmen gemacht“, sagt Sakho, „aber nicht für sehr kleine Firmen.“ Die UEMOA funktioniert ein wenig wie die EU. Ihr Hauptsitz – und damit auch ihre Wettbewerbsbehörde – liegt in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso. Aber kleine Firmen hätten nicht die Mittel und Kompetenzen, mit einer Behörde im Ausland – in Burkina Faso – Kontakt aufzunehmen, um sich zum Beispiel zu beschweren, wenn sich zwei Firmen absprächen und somit künstlich die Preise hochhielten. Die UEMOA sei insgesamt zwar sinnvoll und bringe viele Vorteile. „Aber wir können nicht die Gesetze der EU kopieren und glauben, sie werden hier auch zum Erfolg führen. Sinnvolle Gesetze müssen ‚bottom up‘ – vom Kleinen ins Große – wachsen und lokale Voraussetzungen beachten.“

Amin Ahmad, Institute for Leadership and Development Studies (Malaysia)

Unter komplett anderen Voraussetzungen als im Senegal steht die Wettbewerbsordnung in Malaysia. Das Schwellenland im Südchinesischen Meer hat sich erfolgreich vom Rohstofflieferanten zu einem vielfältigen Industriestandort entwickelt. Es zählt zu den asiatischen Ländern, die sich am schnellsten entwickelt haben. Die malaysische Mittelschicht ist gewachsen – allerdings ohne dass die Rahmenbedingungen ausreichend weiterentwickelt wurden. Denn wirtschaftspolitische Steuerung und Wettbewerbsordnung gehen zurück auf die 70er Jahre und bergen immer noch gesellschaftliches Konfliktpotential, wie Amin Ahmad vom „Institute for Leadership and Development“ erklärt: „Auf dem Papier war die Strategie des malaysischen Staates neutral, doch tatsächlich wurden Malaien und andere Bumiputera – also Ureinwohner – massiv bevorzugt“. Denn eingeführt wurde die „New Economic Policy“ (NEP) in den 70er Jahren ursprünglich, um die Volksgruppen der malaysischen Ureinwohner zu stärken. Letztlich seien dadurch chinesische und indische Bevölkerungsgruppen stark benachteiligt worden.

Inzwischen versucht die malaysische Wirtschaftspolitik,



Etwa 20 Experten diskutierten in Dakar praktische Aspekte der Wettbewerbsordnung.



Amin Ahmad

einen Ausgleich des Wohlstands zu schaffen. Doch dadurch entsteht ein neues Problem: „Malaysia steckt in einem Mittelklassen-Dilemma: Das Land wächst nicht mehr“, erklärt Ahmad. Der Staat plant auf relativ lange Sicht, in der Vergangenheit um-

fassten die Strategien immer Abschnitte von fünf Jahren. Dabei seien oftmals Ressourcen unfair verteilt worden, weil einige wenige das Wettbewerbsrecht zu ihrem Eigennutz missbraucht hätten: „Korruption und Nepotismus gehören zu den Schattenseiten der malaysischen Wirtschaftspolitik“. Daneben kämpft das Land mit einem wachsenden Staatsdefizit. Seit der Asienkrise hat der Staat viel Geld in die Märkte gepumpt. Doch das sorgt für gesellschaftliche Spannungen, denn nicht jede Bevölkerungsgruppe profitiert gleichermaßen davon. „Menschen, die nicht zur Zielgruppe gehören, haben das Gefühl, dass sich ihre Situation dadurch sogar noch verschlechtert“, erklärt Ahmad.

Um die Wirtschaft auf einen freien Kurs zurück zu bringen, verfolgt Malaysia seit 2010 eine liberalere Politik. Staatliches Kapital wird mehr und mehr aus dem Markt abgezogen und beispielsweise im Bildungsbereich investiert – wie es das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft vorsieht. Und der Staat kommt Unternehmensgründern entgegen, indem er die bürokratische Prozedur vereinfacht hat. Alles kleine Schritte in die richtige Richtung, findet Ahmad – und doch: „Es ist noch zu früh, um generell ein optimistisches Fazit zu ziehen.“

Sarper Şimşek, Außenhandelsexperte, Untersekretariat für Außenhandel im Wirtschaftsministerium (Türkei)

Etwas optimistischer beurteilt Sarper Şimşek die wirtschaftspolitische Bilanz in seinem Land, der Türkei. Er arbeitet als Außenhandelsexperte im Untersekretariat des türkischen Wirtschaftsministeriums. Das dortige Wettbewerbsrecht basiert laut Şimşek auf der „europäischen Anstrengung“, die das Land offiziell seit 1999 (Status als EU-Beitrittskandidat; Anm.d.Red) verfolgt und die auch vom deutschen Recht inspiriert wurde. Überwacht wird es von der Turkish Competition Authority (Rekabet Kurumu). Deren Experten analysieren die türkischen Märkte und veröffentlichen Berichte. „Das ist besonders für die andauernde Privatisierung in manchen Sektoren wichtig“, erklärt Şimşek. Mit dem liberalen Wirtschaftskurs wurden ab 1982 Staatsbetriebe privatisiert, seitdem haben in der Privatwirtschaft vor allem Industriellenfamilien das Sagen. Die TCA ist die zentrale Kontrollinstanz: „Diese Behörde ist mehr oder weniger unabhängig, denn die Amtsträger werden regelmäßig ausgetauscht“, erklärt Şimşek.

Für die TCA wünscht er sich ein wirkungsvolleres Instrumentarium zur Wettbewerbskontrolle, denn in der Türkei gebe es kein Regulierungsinstrument bei der Verknüpfung von strategisch interessanten Wirtschaftssektoren – „wenn sich zum Beispiel Energiekonzerne im Medienmarkt betätigen“, so Şimşek. Kritisch sieht er es, wenn einzelne Unternehmer in Wirtschaftsbereichen investieren, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben – aber



Sarper Şimşek, 2. v.l., erläuterte die Wettbewerbsordnung in der Türkei.

einen strategischen Vorteil bieten, wie zum Beispiel der Mediensektor. „Wir haben kein Gesetz, das so etwas unterbindet. Das ist ein großes Problem“, sagt Şimşek. Und wer gute Verbindungen zur Regierung habe, könne damit oftmals geltendes Wettbewerbsrecht umgehen.

Fazit

Die drei Analysen aus dem Senegal, Malaysia und der Türkei zeigen: Ein Rechtssystem ist ein dynamisches Gebilde, das sich im Idealfall an die Bedingungen seiner Umwelt anpassen sollte. In Deutschland ist das Wettbewerbsrecht in vielen Aspekten historisch gewachsen – deshalb sollte die internationale Gemeinschaft gerade auch in Staaten mit kolonialgeschichtlicher Erfahrung berücksichtigen, dass deren Wettbewerbsrecht an der ein oder anderen Stelle im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung Veränderungen und Anpassungen benötigen wird. Im Fußball schließlich werden die Regeln auch immer wieder an neue Entwicklungen der Technologie und des Spiels angepasst: Oder hätte vor 20 Jahren jemand gedacht, dass dank Torlinientechnik heute nicht mehr der Schiedsrichter, sondern Kameras entscheiden, welcher Ball drin ist und welcher nicht?



„Es kommen zwar viele ausländische Firmen für Geschäfte nach Djibouti. Aber sie bringen

meist ihre eigenen Mitarbeiter aus dem Ausland mit, anstatt mit den Leuten zu arbeiten, die vor Ort sind und Arbeit suchen. Letzteres sollten sie tun, damit Investments aus dem Ausland in Djibouti wirklich nachhaltig Positives bringen.“

Hamda Moussa, Handelskammer, Djibouti

Für einen fairen Boxkampf



Taufik Arsyad

„Komisi Pengawas Persaingan Usaha“ – so lautet der Name von Taufik Arsyads Behörde. Sie soll fairen wirtschaftlichen Wettbewerb ermöglichen und ist damit in etwa das Gegenstück zum Bundeskartellamt in Deutschland. Auf Englisch heißt sie „Commission on Business Competition Supervision“, aber Arsyad nennt sie schlicht „Competition Authority“. Warum der 41-Jährige für seine Arbeit viel Überzeugungskraft braucht und wie er die Medien dafür mit ins Boot holt, erklärt er im Interview mit Siri Warrlich.

Herr Arsyad, wie hängt Ihre Arbeit mit fairem Wettbewerb zwischen indonesischen Unternehmen zusammen?

Ich leite die Abteilung „Merger Directorate“, meine Aufgabe ist also die Kontrolle von Unternehmenszusammenführungen, den sogenannten „Mergers“. Jede Firma, die eine Fusion mit einem anderen Unternehmen geplant hat, muss unsere Behörde darüber informieren. Dann prüfen wir, ob das dem Wettbewerbsrecht entspricht und ob sich zum Beispiel dadurch Monopole bilden könnten.

Hat die indonesische „Competition Authority“ noch andere Aufgaben?

Definitiv, wir arbeiten noch in zwei weiteren großen Bereichen. Wir können zum zweiten auch auf unsere eigene Initiative hin Kontrollen durchführen, falls wir den Verdacht haben, dass eine bestimmte Firma das Wettbewerbsrecht bricht. Und drittens sprechen wir Empfehlungen gegenüber der Regierung aus – zum Beispiel, wenn neue Gesetze das Wettbewerbsrecht behindern könnten.

Wie würden Sie den sperrigen Begriff „Wettbewerbsordnung“ einem Kind erklären?

Ohne eine Wettbewerbsordnung hat man zwar einen freien, aber nicht unbedingt einen fairen Markt. Der kommt erst durch die Wettbewerbsordnung. Ein Markt ohne Wettbewerbsordnung, das ist wie ein Boxkampf, bei dem ein Fliegengewicht gegen Mark Tyson antreten muss. Eine Wettbewerbsordnung versichert, dass marktbeherrschende Unternehmen ihre Stellung nicht ausnutzen und dass kleine Firmen trotzdem die Möglichkeit haben, sich neu am Markt zu etablieren und zu wachsen. Zum Beispiel verhindert die Wettbewerbsordnung, dass sich Kartelle bilden. Vor allem aber schafft eine Wettbewerbsordnung einen unabhängigen Schiedsrichter – im Fall von Indonesien ist das unsere Behörde.

Wie gut klappt die Umsetzung von fairem wirtschaftlichem Wettbewerb in Indonesien?

Ich sehe besonders einen Bereich, in dem sich noch was ändern muss, und zwar bei unserer dritten Aufgabe: die Regierung davon zu überzeugen, wie wichtig eine klar definierte Wettbewerbsordnung ist und dass sie auch eingehalten werden muss. Wir hatten in Indonesien in der Vergangenheit eine Dezentralisierungsreform, was bedeutet, dass viele Entscheidungs-



Neben Taufik Arsyad zwei deutsche Experten, Dr. John Weche (Monopolkommission) und Dr. Stephan Fahr (EZB).

kompetenzen nun auf lokaler Ebene liegen. Das heißt, dass wir unter dem Strich mit rund 300 verschiedenen sogenannten „local governments“ – also politischen Instanzen auf lokaler Ebene – in Verhandlungen stehen. Sie alle davon zu überzeugen, wie wichtig eine klare Wettbewerbsordnung ist – das ist eine Aufgabe für die nächsten fünf oder zehn Jahre!

Haben Sie ein konkretes Beispiel für Schwierigkeiten bei der Arbeit mit den „local governments“?

In manchen „local governments“ sehen wir leider, wie Klientelpolitik die Wettbewerbsordnung zunichte macht. Da vergeben dann etwa Politiker öffent-

liche Aufträge an Unternehmen, deren Chefs mit ihnen verwandt sind.

Und wie überzeugt man solche Politiker davon, fairen Wettbewerb zu ermöglichen?

Da kommen die Medien ins Spiel, die für uns sehr wichtig sind. In solchen Fällen machen wir unsere Empfehlungen an die Regierung öffentlich und holen die Medien mit ins Boot, weil wir hoffen, dass sie die Politiker dann unter Druck setzen. Oftmals versuchen wir auch, uns wirklich auf persönlicher Ebene ganz intensiv mit den Entscheidungsträgern auseinander zu setzen. Wir setzen uns dann alle zu einer sogenannten FGD, einer „focus

group discussion“ – auf Deutsch in etwa Diskussionsrunde –, zusammen. Eines unserer wichtigsten Argumente dabei betrifft die Kosten: Wenn es fairen Wettbewerb gibt, siegt der Anbieter mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Im Endeffekt werden viele Dienstleistungen also durch fairen Wettbewerb günstiger. Um das zu belegen, forschen wir selbst und stellen die Ergebnisse auch den Medien zu Verfügung.



Die Teilnehmer des Workshops zur Wettbewerbsordnung. Mittig im weißen Hosenanzug Andrea Kolb, Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung im Senegal.



„Ein ‚Best-Practice‘-Beispiel für das Wirtschaftssystem sehen wir in Deutschland. Hier werden soziale mit ökologischen Werten ver-

eint und spielen in der Wirtschaft eben auch eine große Rolle.“

Khaled Zribi, Vorsitzender des tunesischen Jungunternehmer-Verbandes

Nach europäischem Vorbild



Sarper Şimşek

Sarper Şimşek, 34 Jahre jung, ist Berater des türkischen Wirtschaftsministers. Im Gespräch mit Anna Klein und Kristina Milz lobt er die Wettbewerbsordnung seines Landes, fordert aber noch weniger staatliche Einmischung. Und er erklärt, welche die größten Risiken für den Arbeitsmarkt in der Türkei sind.

Welche Beziehung hat der türkische Staat zur Wirtschaft? Inwieweit wird in den Markt eingegriffen?

Die Türkei kann auf eine lange Tradition der Marktwirtschaft zurückblicken. Seit den 1980er Jahren hat jede Regierung das Ziel verfolgt, die Wirtschaft liberaler zu gestalten. Für eine erfolgreiche Marktwirtschaft sind die entsprechenden Institutionen essentiell, auch in der muslimisch geprägten Welt natürlich. Diese Institutionen sind vorhanden, in der Türkei sind sie sogar besonders ausgeprägt. Die Krise im Jahr 2001 war sehr lehrreich für uns. Als Reaktion haben wir verschiedene unabhängige Behörden gegründet, die den Bankensektor oder den Energiemarkt zum Beispiel zwar im Blick haben – aber nicht wirklich in den Markt intervenieren. Ich würde sagen, dass der staatliche Einfluss deutlich reduziert wurde. Streng genommen muss man allerdings sagen, dass auch die Türkei keine reine freie Marktwirtschaft ist. Aber eine der freisten Marktwirtschaften, besonders in Osteuropa und innerhalb der muslimischen Welt.

Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung ein: Braucht die Türkei mehr oder weniger Eingriff in die Wirtschaft?

Offen gesagt, schätze ich den staatlichen Einfluss bereits als sehr begrenzt ein, besonders seit der Krise 2001. Aber wir wollen noch weniger staatlichen Eingriff.

Welche Rolle spielt Europa für die türkische Wirtschaftspolitik?

Europa hat Regeln und Gesetze für die Wirtschaft, an die sich die Türkei angepasst hat. Ganz besonders im Bereich der Wirtschaft wird ein europäischer Kurs gefahren, vor allem, was die Wettbewerbsordnung betrifft. Ich würde sagen, dass sich unsere Gesetze zu 90 Prozent am europäischen Wettbewerbsrecht orientieren.

Wie könnte man die türkische Wirtschaftspolitik verbessern?

Um eine funktionierende, wettbewerbsorientierte Wirtschaft zu etablieren, muss der Markt geöffnet und der freie Handel bestärkt werden. Die Hälfte unseres Bruttoinlandsproduktes entsteht dank dieser Öffnung, durch Import und Export. Damit das weiter so bleibt, brauchen wir starke, durchsetzungsfähige Institutionen, denn die sind die Garantie für eine freie Wirtschaft. Dann wissen die Investoren nämlich, dass sich die Politik nicht allzu stark einmischen kann.

Die Institutionen stehen also als eine Art Garantiepuffer zwischen dem Investor und der Regierung?

Ja, genau. Die Türkei entscheidet sich dabei insofern vom Rest der muslimischen Welt, als dass wir erstens eher einen liberalen Wirtschaftskurs gefahren sind, und zweitens Institutionen nach europäischem Vorbild gegründet haben – denn unser Ziel ist ja nach wie vor die EU-Mitgliedschaft.

Ein Wirtschaftsbereich wird von widerstreitenden Regulierungsmechanismen geprägt: die Medienbranche. Denn einerseits unterliegen Medienkonzerne ja dem Wettbewerbsrecht, andererseits aber auch dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Inwiefern sollte man hier unterscheiden und wie wird das in der Türkei gehandhabt?

Es gibt Länder, in denen Politik und Rechtsprechung die Medienbranche von anderen Wirtschaftssektoren getrennt betrachten. In der Türkei ist das jedoch nicht der Fall. Es wäre dringend notwendig, denn es gibt hier massive Verknüpfungen mit strategisch interessanten Wirtschaftssektoren. Das kann natürlich zu Interessenskonflikten führen! In einigen Ländern Europas können wir das bereits beobachten. Aber gemäß den Prinzipien der freien Marktwirtschaft sollten solche Verknüpfungen verhindert werden. Da werden ja sonst Ressourcen ungleich verteilt.

Sie haben in Ankara auch über die türkische Sozialpolitik gesprochen. Wie kommt es eigentlich, dass in Ihrem Land die staatliche Sicherung vergleichsweise spät entstanden ist?

Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Zunächst einmal ist in Europa das soziale Sicherungssystem nach dem Prozess der Industrialisierung auf Druck der Arbeiterklasse entstanden. In der Türkei hat die Industrialisierung spät eingesetzt, daher kam auch der Druck der Arbeiterklasse später. Der zweite Grund ist das Erbe der osmanischen,

Türkische Wirtschaftskrise

Die schwerste Krise des Landes liegt knapp 15 Jahre zurück: 2001 lag die türkische Wirtschaft am Boden, marode Banken, abgestürzte Aktienkurse, bange Investoren, Kurssturz der türkischen Lira, enormes Staatsdefizit und steigende Inflation. Die Türken tauschten ihre Währung in Dollar oder Euro, der Internationale Währungsfonds (IWF) pumpte Milliarden in das Land, um eine Pleite zu verhindern. Gleichzeitig war die Krise der entscheidende Wendepunkt: Weitreichende Reformen wurden verabschiedet, Banken strenger überwacht, die Privatisierung energisch vorangetrieben. Der Regierung gelang es, das Staatsdefizit unter Kontrolle zu bringen und die Zentralbank unabhängiger zu machen. Der wirtschaftliche Erfolg brachte die AKP und damit auch Recep Tayyip Erdogan an die Macht.

muslimischen Gesellschaft, in der es über Jahrhunderte starke religiös basierte Organisationen für soziale Sicherung gab. Arme Menschen haben hier Hilfe erhalten. Auch deshalb hat sich das moderne staatliche System sozialer Sicherung, das klaren Regeln und Gesetzen folgt, erst spät entwickelt.

Im Osmanischen Reich war die Gesellschaft sehr heterogen, heute leben in der Türkei offiziell 99 Prozent Muslime. Denken Sie, dass diese Homogenität ein Vorteil in Bezug auf die Etablierung sozialer Sicherungssysteme ist?

Für die Zivilgesellschaft ist das kein Vorteil. Im Osmanischen Reich konnten die Leute „Waqfs“ [Stiftungen; Anm. d. Red.] gründen. Jede Religion hatte diese Möglichkeit, auch die Armenier zum Beispiel. Die daraus entstehenden Zivilgesellschaften haben sich um ihre jeweils eigenen Probleme gekümmert. Heute ist die auf der Religion basierende Zivilgesellschaft natürlich sehr viel schwächer als im Osmanischen Reich, weil der Staat diese Ebene bedient.

Die Türkei ist als säkularer Staat errichtet worden. Spielt der Islam überhaupt noch eine Rolle beim Thema soziale Sicherheit?

In jedem Land ist die soziale Sicherung eine Medaille mit zwei Seiten, einer zivilen und einer staatlichen. In der Zivilgesellschaft spielt die Religion natürlich noch eine Rolle. Die staatliche

Seite der sozialen Sicherung aber hat [in der Türkei, Anm. d. Red.] nichts mit dem Islam zu tun – das ist genauso wie in den westlichen Ländern gesetzlich geregelt.

Die Wurzeln von Gesetzen sind aber doch oftmals kulturell und dadurch mitunter auch religiös geprägt. Erst die Idee, dann die Regel. Lassen sich die Bereiche in der Türkei wirklich so sauber voneinander trennen?

Natürlich beeinflussen Geschichte und Gesellschaft die Gesetze. Der Einfluss des Islams und des muslimischen Denkens auf unsere Gesetze und Lebensformen lässt sich nicht verleugnen, aber es ist nur ein kleiner Stein im Mosaik, wenn wir über die Gesetzgebung sprechen. Unsere Gesetze sind zum großen Teil eine wörtliche Übersetzung der europäischen, zum Beispiel das Zivilrecht. Hier handelt es sich also um eine Adaption der westlichen Ideale.

Eine These von Ihnen ist, dass das Fehlen sozialer Sicherheit eine Lücke öffnet, in die radikale Organisationen stoßen können, wie beispielsweise in Tadschikistan oder Usbekistan. Lässt sich Ähnliches auch für die Türkei beobachten?

Die Radikalisierung ist ein zeitgenössisches Thema. Es gibt einige „failed states“ in muslimisch geprägten Nationen. In diesen ist auch das soziale Sicherungssystem zusammengebrochen. Wenn Arme oder Menschen mit Behinderung keine Unterstützung

erfahren, entsteht eine Leerstelle, ein Vakuum für Organisationen – zivile, aber auch radikale –, die es füllen. Das ist gefährlich. In der Türkei war der Staat immer stark, es gibt diese Leerstelle nicht. Es gab immer ein funktionierendes soziales Sicherungssystem. Die Mehrheit der Leute steht unter dem Schirm der sozialen Sicherheit. Deshalb ist die Radikalisierung ein Minderheitenphänomen.

Aber die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. In der östlichen Region, in der die Kurden leben, ist die Entwicklung geringer als im Rest des Landes. Und es gab ja durchaus Probleme mit kurdischen Gruppierungen. Denken Sie, dass diese ebenfalls mit fehlender sozialer Sicherheit zu tun haben?

In der Tat hat der kurdische Radikalismus nichts mit islamischem Fundamentalismus zu tun, das ist eine andere Geschichte. Aber ja, Sie haben Recht: Es gab diese Leerstelle, die die Schwäche des Staates in einigen Regionen der Türkei zeigt. Aber die Situation lässt sich nicht mit den anderen Staaten im Nahen Osten vergleichen.

Was halten Sie aktuell für die größte Herausforderung der sozialen Sicherung in der Türkei?

Die wachsende Arbeitslosigkeit schafft derzeit das höchste Risiko. Seit der Krise der Weltwirtschaft im Jahr 2008 wächst die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern, wie auch in der Türkei. Das ist eine Last für das soziale Sicherungssystem. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 11,3 Prozent. Es gibt Programme der Regierung, um Investitionen und Handel zu fördern. Die Zahl der Arbeitenden, die unter die Armutsgrenze fallen, wächst jährlich um 5 Prozent. Das ist eine riesige Zahl, die wir mit diesen Programmen zu bekämpfen versuchen.

Die Arbeitslosigkeit, insbesondere der jungen Bevölkerung, wurde immer als einer der Gründe für die arabischen Revolutionen genannt. Denken Sie, dass davon auch eine Bedrohung für die Türkei ausgeht?

Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit ist für jedes Land ein Problem. In den

Ländern des Arabischen Frühlings gab es nicht so starke staatliche Institutionen wie in der Türkei. Das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, das System der sozialen Sicherung – alle waren schwach ausgebildet. Die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern war eine Tragödie, die sich mit der Türkei nicht vergleichen lässt. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Türkei liegt bei etwa 20 Prozent. Das ist sehr hoch. Aber deutlich weniger als in anderen mediterranen Ländern.

Neben der Arbeitslosenquote spielt es auch eine große Rolle, wie lange die Menschen in diesem Zustand bleiben. Gibt es hier Zahlen für die Türkei?

Die Mehrheit der jungen Arbeitslosigkeit liegt in der inländischen Migration vom Land in die großen Städte begründet. Zunächst finden die jungen Menschen nur sehr schwer Arbeit, aber nach einer gewissen Zeit bekommen sie einen Job. Die Perioden der Arbeitslosigkeit sind bei uns kurz, da bin ich zuversichtlich. Langfristig ist die alternde Bevölkerung das höchste Risiko für die Türkei. Hier werden wir aber von der Erfahrung Deutschlands lernen können.

Das Durchschnittsalter in der Türkei liegt im Moment bei 30,7 Jahren. Das wird sich in Zukunft ändern, weil die Geburtenrate deutlich abnimmt. Inwiefern kann Deutschland in diesem Zusammenhang ein Vorbild sein?

Wenn wir über demografische Veränderungen sprechen, kann man feststellen, dass Deutschland die großen Umbrüche vor der Türkei erfahren hat. Die „Babyboomer“ gehen in Rente und wir werden sehr genau beobachten, wie Deutschland damit umgeht. Wir haben aktuell in der Türkei eine alternde, aber noch immer junge Gesellschaft. Dadurch bleibt Zeit, von den Erfahrungen anderer Staaten zu lernen.



Der Workshop ermöglichte Kontakte zwischen Experten über Kontinentgrenzen hinweg.



„Wenn Länder den Weg von Toleranz und Demokratie beschreiten, kreieren sie eine innovative Umgebung, die sie im wirtschaftlichen

Wettbewerb bestärkt. Wenn wir die islamische Welt betrachten, mangelt es leider vielerorts immer noch an diesen Grundprinzipien.“

Arda Batu, Generalsekretär TÜRKONFED,
Türkischer Unternehmens- und Handelsverband



Sosyal Güvenlik

Workshop 2

Soziale Sicherheit

„Das Potenzial für Zakat liegt bei einer Billion Dollar weltweit“



Enur Salihović

Die für Muslime verpflichtende Abgabe Zakat wird nur in wenigen muslimischen Ländern vom Staat erhoben. In vielen Ländern ist sie freiwillig. Oder sie wird von nicht-staatlichen Organisationen verwaltet – wie in Bosnien und Herzegowina. Enur Salihović, der dort das Zakatamt leitet, erklärt im Interview mit Mathias Birsens, warum er dieses System für das geeignetste hält.

Welche Rolle spielt das Zakatsystem für die soziale Sicherheit in Bosnien und Herzegowina?

Das Zakatamt, dessen Leiter ich bin, schafft einen Mehrwert für die soziale Sicherheit, zusätzlich zu den etablierten staatlichen Institutionen. Es agiert innerhalb der muslimischen Gemeinschaft und ist die Hauptorganisation für alle religiösen Belange von Muslimen in Bosnien und Herzegowina. Wir sind keine Regierungsorganisation, sondern unabhängig. Aber in einigen Fällen übernehmen wir die Verantwortung der Regierung bei der Regulierung religiöser Angelegenheiten von Muslimen im Land.

Wir haben sehr gute, etablierte, staatliche Institutionen und Gesetze zur sozialen Sicherheit – ähnlich wie in Deutschland. Aber es gibt nicht genügend finanzielle Mittel, weil die Wirtschaft so schwach ist. Wir benutzen den Zakat-Fonds, um den Staat dabei zu unterstützen, der Bevölkerung zu helfen. Wir geben kein Geld direkt an den Staat, sondern investieren vor allem in Bildung, indem wir Stipendien unter anderem an Studenten vergeben und bedürftige Menschen im ganzen Land unterstützen. Das ist unsere Hauptaufgabe. Wir übernehmen nicht die Rolle des Staates.

Also sorgen Sie für soziale Sicherheit, wo der Staat es nicht schafft?

Ja, aber ich sollte erwähnen, dass wir mit der Gesamtsituation nicht zufrieden sind. Wir können nicht für alle Leute, für die wir es möchten, zusätzliche soziale Sicherheit schaffen. Wir unterstützen die Bevölkerung und geben einigen Leuten soziale Sicherheit, die nicht im staatlichen Sozialsystem inbegriffen sind.

Also gibt es immer noch Menschen in Bosnien und Herzegowina, die weder durch das staatliche Sozialsystem, noch durch das Zakatsystem unterstützt werden?

Ja, unglücklicherweise gibt es einige. Es ist kein großer Teil der Bevölkerung, aber wir müssen zugeben, dass es immer noch einige gibt. Wir werden nicht zulassen, dass es jemandem an Essen oder anderen Grundbedürfnissen fehlt. Wir werden niemanden – unabhängig von seiner Religion – verhungern lassen, wenn wir über ihn Bescheid wissen. Aber – genau wie der Staat – können wir nicht genügend Unterstützung für die Bevölkerung bereitstellen, um den Lebensstandard anzuheben.

Wie viele Menschen in Bosnien und Herzegowina zahlen die Zakat?

Es ist schwierig, genaue Zahlen zu bekommen. Es gibt zwei Arten – Zakat und Zakat al-Fitr (am Ende des Rama-

dan; Anm.d.Red.). Letzteres wird von mehr Menschen gezahlt – von etwa 80 Prozent der muslimischen Bevölkerung. Beim Zakat sind es nur ungefähr 40 Prozent. Zudem gibt es auch Menschen, die zwar Zakat zahlen, aber nicht so viel, wie sie sollten. Wir haben auf jeden Fall noch Raum für Verbesserungen.

Wollen Sie in Zukunft enger mit dem Staat zusammenarbeiten – zum Beispiel durch Steuererleichterungen für Zakatzahler?

Ja, wir planen das für die Zukunft. Aber im Moment wollen wir die Knappheit der staatlichen Mittel nicht noch verschlimmern. Wir versuchen den Staat so stark wie möglich zu machen. Und wir versuchen die staatlichen Mittel nicht durch Steuererleichterungen zu belasten. Wir empfehlen den Menschen immer, den Staat zu unterstützen, Steuern zu zahlen und dem Staat zu geben, was nötig ist. In den nächsten fünf oder zehn Jahren werden wir vielleicht versuchen, Steuererleichterungen für Spenden in einigen europäischen Ländern zu erreichen.

Warum wurde das Zakatsystem in Bosnien und Herzegowina erst 1969 eingeführt? Die Zakat ist doch so alt wie der Islam selbst.

Seit der Einführung des Islam in Bosnien und Herzegowina gab es die

Zakat. Aber organisierte Sammlungen und die Institutionen dafür wurden erst 1969 eingeführt. Seitdem sammeln wir die Zakat in einem Fonds – dem beit-l-mal. Wir verteilen das Geld nach einem organisierten System und nicht von einem Muslim zum anderen.

Der Grund dafür war, dass es zu dieser Zeit nur noch eine islamische Schule in Bosnien gab. Es war eine kommunistische Ära und die Kommunisten versuchten alle Religionen auszurotten – auch die islamische. Der Fortbestand der islamischen Schule war bedroht und deshalb wurde damals eingeführt, dass die Zakat vor allem für die Finanzierung der islamischen Schule verwendet wurde, die acht Jahre später auch eine islamische Fakultät gründete.

Im Krieg von 1993/1994 wurde das Geld dann auch für soziale Zwecke ausgegeben – der Zakatfonds hat zum Beispiel die Stromrechnungen bedürftiger Menschen im Krieg bezahlt. Seitdem bauen wir unsere sozialen Aktivitäten weiter aus.

Wieso konzentrieren Sie sich so darauf, Bildung zu fördern?

Bildung ist das beste Werkzeug, um die Ausbreitung von Armut zu stoppen und eine Gesellschaft zu verbessern. Wenn die junge Bevölkerung eines Landes nicht gut gebildet ist, nimmt sie Drogen, wird kriminell, findet keinen passenden Job. Sie haben dann eine Katastrophe in der Gesellschaft.

Warum wird die Zakat in anderen Ländern nicht auf dieselbe Art und Weise eingesammelt und verwendet wie in Bosnien und Herzegowina?

Gemäß den islamischen Regeln der Scharia sind die Führer islamischer Gemeinschaften oder Staaten – wie Saudi-Arabien, Sudan oder Iran – verpflichtet, eine Institution für die organisierte Sammlung und Verteilung der Zakat zu schaffen. In einigen Ländern, etwa in der Türkei, versagen die Staaten bei dieser Aufgabe. Ich glaube, dass wir einen größeren Einfluss auf die Gesellschaft haben, wenn die Zakat kontrolliert und effektiv

organisiert eingesammelt und verteilt wird. In einigen Ländern – auch in Bosnien – wird in bestimmten Regionen immer noch Zakat oder Zakat al-Fitr von einer Person zur nächsten gegeben. Doch was passiert in diesen Regionen? Einige Menschen bekommen sehr viel Geld – tausende Euros! Aber andere, denen es viel schlechter geht, bekommen gar nichts! Es wird nicht gleichmäßig verteilt. Wenn Sie eine effektive Sammlung und Verteilung haben, wie in Bosnien, mit Imamen vor Ort, die jeden in einer bestimmten Region kennen, können Sie mehr tun! Das Potential für Zakat weltweit liegt laut einer aktuellen Schätzung bei einer Billion Dollar pro Jahr – bereits 200 Milliarden Dollar würden reichen, um die Situation von Armen und Bedürftigen auf der Welt zu verbessern.



„Das Zakatsystem ist noch nicht gut entwickelt. Es befindet sich noch in der Anfangsphase der Entwicklung als komplementäres System zu anderen Arten sozialer Fürsorge. [...] Ich denke es müsste wesentlich stärker angesprochen werden, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen und Pläne zu entwickeln. Da müssen wir viel stärker dran arbeiten!“

Muhamet Mustafa, Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung, Kosovo

„Der Staat gibt, der Staat entscheidet“

Ibrahim Muhanna kritisiert das Sozialsystem in den Golfstaaten – die eigenen Bürger würden übermäßig versorgt, während Gastarbeiter in Not gerieten.

von Kristina Milz



Ibrahim Muhanna

Ibrahim Muhanna kennt die Nöte der Gastarbeiter in Katar – dem Land, das 2022 die Fußball-Weltmeisterschaft austragen soll. Oft müssten Bauarbeiter zu zehnt in einem kleinen Raum schlafen, die Unterbringungen seien „ungeheuerlich“. Sie würden viel zu lange in der prallen Hitze arbeiten. „Manche begehen Suizid, manche fallen vor Müdigkeit von der Leiter“, sagt der Libanese mit US-amerikanischem Abschluss. Es sei nur menschlich, dagegen vorzugehen. Und er glaube auch, dass Katar dies versuche.

Aber Ibrahim Muhanna ist Vorsitzender einer gemeinnützigen Organisation, die sich der Bildungsförderung zum Thema Versicherungen widmet, und hat daher den Blick

auch auf ein weiteres, noch ungelöstes Problem gerichtet: Seine Sorge gilt der Zeit, nachdem die Migranten am Golf gearbeitet haben. „Ich sage den Politikern immer: Ihr nehmt jemanden im Alter von 20 oder 25 Jahren, um bei euch zu arbeiten. Er verlässt sein Land, kommt gesund an, arbeitet an die zehn Jahre und dann wird er vielleicht krank. Dann verlängert der Arbeitgeber den Vertrag nicht, sondern schickt ihn zurück.“ Wenn die Arbeiter dann zurückkehrten, seien sie die ganze Zeit außerhalb des Renten- und Gesundheitssystems ihres eigenen Landes gewesen und hätten Probleme, wieder dort hineinzufinden.

Muhannas Vorschlag an die Golfstaaten, um „guten Willen“ zu zeigen, wie er es formuliert: Sie sollen bilaterale Abkommen mit den Herkunftsstaaten der Arbeiter schließen, zum Beispiel mit den Philippinen. Von dort kommen die meisten Hausmädchen, die in den Familien der Golfstaaten arbeiten. Muhanna will, dass die Frauen am Golf Abgaben zahlen, die das jeweilige Gastgeberland dann direkt in das Sozialsystem der Philippinen einspeist. Zwischen den einzelnen Staaten am Golf werde das bereits so gehandhabt: Saudis, die in Kuwait arbeiten, zahlen dort Abgaben für das saudische System. Wenn sie dann zurückkehren, gibt es keine Einzahlungsunterbrechung. Muhanna empfiehlt in seiner Beratungstätigkeit, dies auch für Drittländer einzuführen – „aber bisher ist noch nichts passiert“.

Doch auch in Bezug auf die eigenen Staatsbürger müsse man am Golf nachhaltiger denken, findet Muhanna. Die meisten Staaten in der Region erlauben ihren Bürgern ein Renteneintrittsalter von 45 Jahren. Hinzu komme, dass die Menschen spät zu arbeiten beginnen. Viele studieren erst einmal. Zudem ist die Lebenserwartung deutlich gestiegen. Das Ergebnis: Die Leute arbeiten nicht lange, gehen früh in Rente und beziehen diese oft über Jahrzehnte.

Dazu komme eine lange Kette an Verantwortlichkeit, etwa bei der Witwenrente. Am Golf ist der Altersunterschied zwischen Ehemann – dem „Brotverdiener“, wie Muhanna sagt – und Ehefrau traditionell oftmals sehr groß. „Jemand kann 50 sein und ein junges Mädchen von 20 Jahren heiraten. Wenn er dann 70 ist und stirbt, ist sie erst 40. Sie erhält dann aber die Witwenrente für weitere 30, 40 Jahre“, erklärt Muhanna. Wenn ein Mann mehrere Ehefrauen hatte,

Muhanna Foundation

Die *Muhanna Foundation* wurde 1994 in der Schweiz errichtet und hat ihren Sitz in Beirut. Ihr Namensgeber Ibrahim Muhanna ist noch heute ihr Vorsitzender. Die Stiftung hat es sich zum Ziel gemacht, in versicherungstechnisch unterentwickelten Ländern – insbesondere in der Arabischen Welt – über Möglichkeiten und Erfahrungen zur sozialen Sicherheit aufzuklären. Sie ist mit der Abteilung Presse und Information der Vereinten Nationen verbunden und organisiert regelmäßig Konferenzen, Seminare und Workshops, betreibt ein Diplomprogramm in der Versicherungswissenschaft und vergibt Stipendien an Studenten in der Region.

wird die Rente unter den Frauen aufgeteilt. Stirbt eine von ihnen, spart der Staat aber kein Geld: Die Rente ist ein fester Satz; sie wird auf die noch lebenden Witwen umverteilt. „Das setzt sich so fort, bis die letzte Frau, meistens die jüngste, stirbt“, sagt Muhanna.

Das System der sozialen Sicherheit ist in den Golfstaaten staatlich organisiert, der private Sektor hat kaum eine Chance. Der Staat gibt seinen Bürgern alles, was sie brauchen: Das beginnt schon bei der Elektrizität, die kostenlos ist. Es macht auch vor einem großzügigen Renten- und Gesundheitssystem nicht halt. Da finanzielle Schwierigkeiten im Zeitalter des Erdöls am Golf ein Fremdwort sind, können die Staaten es sich leisten. Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Es fehlen Argumente für eine Demokratisierung der Region. „Der Staat gibt, der Staat entscheidet“, bringt Muhanna das Dilemma auf den Punkt. Es gebe zwar teilweise demokratische Strukturen, wie etwa ein sehr aktives Parlament in Kuwait. Auch Bahrain und Oman zeigen sich offener für den politischen Einfluss ihrer Bürger. Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate aber seien weit davon entfernt, demokratisch zu sein.



Die Teilnehmer des Workshops zur sozialen Sicherung. Auf der untersten Stufe Colin Dürkop, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei.

„Worauf warten wir? Auf die Krise?“



Terence Gomez

Terence Gomez, politischer Analyst und Professor an der Universität von Malaya, ist Experte für das Sozialsystem in Malaysia. Im Interview schildert er Kristina Milz, welche große Rolle die Religion bei der Fürsorge spielt. Und er plädiert für eine Reform der sozialen Sicherung, damit es nicht zu einer Situation wie in Südkorea Ende der 1990er Jahre kommt.

Der Islam ist in Malaysia die offizielle Staatsreligion, aber nur etwa 60 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Wie zeigt sich der Einfluss der Religion im Bereich der Wirtschaft?

Die Religion wurde ein wichtiger Faktor nach der Iranischen Revolution. Sie hatte einen großen Einfluss auf die Muslime in Südostasien, Malaysia eingeschlossen. Die Iranische Revolution war eine islamische Revolution: geführt von einem Ayatollah, der eine Vision des politischen Islam verwirklicht hat. Auch die Wirtschaft basierte auf dem Islam. Es war ein Experiment, das man nie zuvor gesehen hatte. Die Leute sind dann in den Iran gedrängt und wollten das Modell kennenlernen. In den späten 1970er Jahren führte das zu einer Periode der Islamisierung.

Heute wird viel über die Spaltung der muslimischen Welt in Schia und Sunna gesprochen. Die Iranische Revolution war eine schiitische Bewegung. Die malaysischen Muslime aber sind Sunniten. Wie kann es sein, dass sie sich von Iran inspirieren ließen?

Die Spaltung zwischen Schia und Sunna ist ein neues Phänomen. Das war in den 1970er Jahren kein Thema. Die Leute dachten nur: Das ist ein islamisches Modell der Politik und es ist eine Alternative, die Gesellschaft zu organisieren und die Wirtschaft zu entwickeln. Der Islam ist erst in den vergangenen Jahren konfessionell sehr kompliziert geworden. In Südostasien

kannten die Leute den Unterschied zwischen Schia und Sunna meistens gar nicht.

Wie verlief die Islamisierung in Malaysia?

Auch hier wurde der Islam wichtiger für die Gesellschaft. Es formierten sich politische Parteien, die auf dem Islam basierten. Sie wuchsen und forderten die säkularen, auf Ethnien basierenden Parteien heraus. Gleichzeitig kam es zu einer wahnsinnig schnellen wirtschaftlichen Modernisierung des Landes, die ernste soziale Konsequenzen nach sich zog. Es entstand eine wohlhabende Mittelschicht. Männer begannen, sich von ihren Frauen zu scheiden oder heirateten mehrere Frauen. Kinder fühlten sich isoliert, Familien brachen zusammen. Auch diese Veränderungen in der Gesellschaft, die Probleme, führten dazu, dass die Menschen sich wieder zunehmend auf den Islam beriefen. Es war also auch die Folge der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung.

Malaysia ist heute deutlich islamisch dominiert. Das zeigt sich auch in punkto sozialer Sicherung: Das Zakat-System – die „Läuterungsgabe“ als eine Säule des Islam – wird vom Staat geregelt. Aber: Nur Muslime profitieren davon. Wie funktioniert das Zakat-System in Malaysia?

Die Einzahlung ist freiwillig. Die meisten Muslime denken also: Ok, ich nehme daran teil, weil es eine meiner islamischen Verpflichtungen ist. Und

man kann es von den Steuern absetzen. So gesehen profitieren nicht nur nicht alle davon, sondern es ist auch noch ein Verlust im Steuersystem...

Ist das mit der Idee des Zakat überhaupt zu vereinbaren? Sollten nicht alle Malaysier abgesichert sein?

Nun ja, nur Muslime zahlen darin ein. Dann ist es natürlich schwierig, es jedem zu geben. Das würde zu gesellschaftlichen Spannungen führen. Malaysia hat eine religiös sehr gesplante Gesellschaft. Wenn nur die Hälfte der Bevölkerung Zakat bezahlt, aber alle es bekommen, wird es problematisch. Zakat basiert ja auf der Religion, es ist eine der Säulen des Islam. Wie kann man es dann Nicht-Muslimen geben?

Aber ist der Grundgedanke des Zakat nicht, Bedürftige zu unterstützen?

Auch Nicht-Muslime können ja arm sein. Und sie bekommen keine Hilfe?

Wollen Sie meine eigene Meinung hören? Ich würde ein System bevorzugen, das auf Steuern basiert. Und es sollte universal sein. Ich habe kein Problem mit dem Zakat und ich weiß, dass es nur für Muslime ist. Aber ich wünsche mir ein allgemeines soziales Sicherungssystem. Jeder soll dann Hilfe bekommen, unabhängig von der Religion oder Ethnie. Es sollte einzig eine Frage der Bedürftigkeit sein. Jeder, der es braucht, soll es bekommen. Und jeder sollte einzahlen. Man weiß nie, ob man es in Zukunft braucht. Man weiß nicht, ob man plötzlich seinen Job verliert oder krank wird. Es kann

jedem jederzeit passieren. Warum klassifizieren wir das nach Religion?

Sie denken also, der Staat sollte sich um alle kümmern?

Ja. Zakat kann ja auch innerhalb der Familien stattfinden. Oder die Moscheen kümmern sich darum. Es muss nicht staatlich formalisiert sein. Die Kirchen in Malaysia zum Beispiel sammeln auch Spenden ein und geben es dann den Leuten, die es brauchen. Der Punkt ist nur: Das Thema ist zu groß, als dass sich Kirchen oder Moscheen allein darum kümmern. Das gleiche gilt für die NGOs. Es ist Aufgabe des Staates und diese Verantwortung darf er nicht abgeben.

Was kann der malaysische Staat konkret tun, damit auch die anderen religiösen und ethnischen Gruppen vom sozialen Sicherungssystem profitieren?

Das ganze säkulare Wohlfahrtssystem muss reformiert werden. Es läuft zu sehr ad hoc. Das deutsche System der Sozialen Marktwirtschaft beispielsweise ist sehr anspruchsvoll und komplex. So sollte es in allen hochindustrialisierten Ländern sein, auch in Malaysia. Ich denke dabei auch an Südkorea. Es galt als eines der asiatischen Wirtschaftswunder und wurde sehr reich. Doch sie hatten kein funktionierendes System der sozialen Absicherung dort, genauso wie es jetzt in Malaysia ist. Dann kam 1997 die Währungskrise und die Wirtschaft brach zusammen. Die Reichen verloren ihre Firmen und standen plötzlich ohne Geld und ohne Arbeit da. Sie konnten nicht fassen, was da passiert. Sie konnten nicht mehr für ihre Familien sorgen. Wissen Sie, was Südkorea nach der Krise gemacht hat? Sie haben ein soziales Sicherungssystem eingeführt, um für die Leute vorzusorgen. Sie haben eine wichtige Lektion gelernt: Auch die Reichen können von einem auf den anderen Tag alles verlieren. Die Geschichte Südkoreas ist ein gutes Exempel. Worauf warten wir also? Auf die Krise? Es kann immer und überall passieren. Die Politiker wissen das genauso gut wie ich. Warum nicht gehandelt wird? Es ist zu teuer. Gute soziale Sicherheit hängt von Steuern ab. Und



Etwa ein Dutzend Experten diskutierte in Ankara praktische Aspekte der sozialen Sicherung. Im Bild Sarper Şimşek, Berater des türkischen Wirtschaftsministers.

niemand will Steuern. Wer von den Politikern traut sich schon, sich auf die Straße zu stellen und zu sagen: „Wenn ihr soziale Sicherheit wollt, müsst ihr dafür zahlen“? Es ist eine Frage der Bildung; man muss es den Leuten erklären, damit sie es verstehen.

Wäre es in muslimisch geprägten Gesellschaften nicht viel einfacher, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie für soziale Sicherheit zahlen müssen? Immerhin gibt es hier das religiös fundierte Zakat als Hilfe für Bedürftige. Und die Gemeinschaft spielt in islamisch geprägten Gesellschaften traditionell eine größere Rolle.

Das sehe ich anders. Man kann sich das Christentum ansehen – den Katholizismus in Lateinamerika zum Beispiel: Das Prinzip der Befreiungstheologie war eine christliche Bewegung. Christliche Gemeinschaften kamen zusammen und haben füreinander gesorgt, sich geholfen, Möglichkeiten geschaffen, den Armen beizustehen. Da war ein großes

Gefühl der Gemeinschaft. Ich bin selbst Katholik, ich habe das auch in Malaysia erfahren. Wir helfen einander in der Nachbarschaft, in der Kirchengemeinde. Meine Kirche hat zum Beispiel meine Ausbildung bezahlt. Mein Vater ist sehr früh gestorben und meine Familie hätte es sich niemals leisten können, mich an die Universität zu schicken. Sie haben zu mir gesagt: Wenn du mit dem Studium fertig bist, zahle es zurück. Und das habe ich gemacht. Das bedeutet Gemeinschaft für mich. Und diesen Sinn für Gemeinschaft findet man in allen Glaubensrichtungen, nicht nur im Islam.

Das Eine für die Gegenwart – das Andere fürs Jenseits

Die Zakat – also die Almosensteuer – gilt als eine der fünf Säulen des Islam und ist für jeden Muslim mit entsprechendem Einkommen verpflichtend. Allerdings wird die Abgabe nur in wenigen muslimischen Ländern vom Staat erhoben – in Tansania ist es Privatsache, ob und wem man das Geld zukommen lässt. Das ist auch gut so, erklärt Hawa Mmanga vom Public Service Pension Fund im Interview mit Mathias Birsens und Kristina Milz.



Hawa Mmanga

Wie ist das Zakatsystem in Tansania geregelt?

Niemand organisiert das Zakatsystem in Tansania. Weder die Regierung, noch religiöse Organisationen sind dafür zuständig. Wir sind auch nicht verpflichtet, unser Geld für die Zakat an die Moschee zu schicken oder dem Imam zu geben. Es ist die Entscheidung jedes Einzelnen, wie er seine Zakat verwendet. Wenn ich das Geld habe, dann kann ich Sie fragen, welche Leute in Ihrem Umfeld bedürftig sind. Andere würden das Geld dem Imam geben und wieder andere auf der Straße nach Bedürftigen suchen – jeder Einzelne verwendet die Zakat anders. Wir können dieses Geld be-

nutzen, um die Leute an der Madrasa (Schule für islamische Wissenschaften; Anm.d.Red.) zu bezahlen, die den Koran lehren. Oder wenn Sie ein Unternehmen haben, das gerade nicht gut läuft, dann geben wir Ihnen die Zakat, damit Sie wieder auf die Beine kommen. Nächstes Mal sind Sie dann verpflichtet. Das heißt, im nächsten Jahr bekommen Sie kein Zakat, sondern Sie finden jemanden, der bedürftig ist und geben ihm die Zakat.

Also wenn Sie ein Unternehmen haben und Gewinne machen, geben Sie einen Teil der Gewinne als Zakat. So sollte sie eigentlich verwendet werden. Das Ziel der Zakat ist es, Armut zu verringern. Aber einige Menschen

missbrauchen die Zakat, zum Beispiel, um zu heiraten. Sie gehen verschwenderisch mit dem Geld um, das man ihnen gibt. Andere benutzen es so, wie es gedacht ist: Sie betreiben ein Geschäft, erwirtschaften Gewinne und fangen dann an, Zakat zu geben.

Das hört sich so an, als ob der Staat in Tansania seine Aufgabe nicht erfüllt.

Nein, es ist nicht Aufgabe des Staates, die Zakat zu kontrollieren. Tansania ist ein säkularer Staat, kein muslimischer Staat.

Aber es ist die Aufgabe des Staates, die Sozialsysteme zu kontrollieren.

Aber die Sozialsysteme und die Zakat sind zwei unterschiedliche Dinge.

Aber beide Systeme helfen bedürftigen Menschen?

Ja, aber die beiden Systeme müssen einzeln betrachtet und auseinander gehalten werden. Zur Zakat ist man nicht verpflichtet – man muss gläubig sein und glauben, dass man Zakat entrichten muss. Und man muss genau wissen, wofür die Zakat gedacht ist.

Die Sozialsysteme hingegen sind verpflichtend – die Regierung zwingt Sie zu zahlen. Aber was die Zakat angeht, ist es nur Ihr Glaube, der Sie zwingt zu zahlen. Sie glauben: Wenn ich keine Zakat zahle, dann werde ich bestraft. Aber Sie wissen nicht, wer Sie bestrafen wird, und wann und wie. Daher sind das unterschiedliche Dinge: Das Eine tun Sie für die Gegenwart – und das Andere für das Jenseits.

The background features a close-up of a person's face, partially obscured by a complex, blue, line-art pattern that resembles a stylized map or a topographical contour. The pattern is composed of many thin, overlapping lines that create a sense of depth and movement. The overall color palette is dominated by light blues and whites.

Workshop 3

Bildung / Ausbildung

Was fehlt, ist ein Neubau des Bildungssystems

Die Fakultät für Islamstudien in Sarajevo steht in einer langen Tradition von islamischer Bildung in Bosnien und Herzegowina. Einen Schwerpunkt bildet die Ausbildung von Imamen, aber auch Religionslehrer werden dort trainiert. Professor Ahmet Alibašić sprach mit Jessica Gehring über die Missstände in der bosnischen Bildung – und seinen Wunsch nach mehr religiösem Einfluss.



Ahmet Alibašić

Vor welchen besonderen Herausforderungen steht das Bildungssystem in Bosnien und Herzegowina?

Es gibt zwei Hauptherausforderungen: Die eine ist allgemein die Qualität der Bildung. Im medizinischen Bereich beispielsweise ist sie zwar gut, im Rechtsbereich hingegen nimmt die Qualität der Ausbildung immer mehr ab, ebenso wie in der Politikwissenschaft und der Soziologie.

Das andere, für Bosnien typische Problem ist die mangelhafte Verbindung des Bildungssystems mit der Wirtschaft. Denn die meiste Arbeit gibt es in der Verwaltung – und hier ist der Staat Hauptarbeitgeber. Um dort einen Job zu bekommen, bedarf es gewisser Beziehungen. Bildung ist also nicht alles. Man braucht sie zwar,

um sich prinzipiell zu qualifizieren, aber dann muss man vor allem eigene Verbindungen spielen lassen können. Daher liegt der Fokus der jungen Menschen auch nur darauf, irgendein Zertifikat zu bekommen.

Wenn aber der private Wirtschaftsbereich, der in Bosnien noch kaum vorhanden ist, wächst, kann das den Universitäten eine Neuorientierung ermöglichen. Denn beide Herausforderungen stehen in einem Zusammenhang: Wenn es mehr Arbeit im privaten Sektor gibt, wird auch die Qualität der Ausbildungen wieder steigen, weil die Universitäten mit den Geschäftsleuten zusammenarbeiten und Leute auf ein Ziel hin ausbilden können.

Wie können Sie bei Ihrer Ausbildung von Imamen und Religionslehrern diesen Missständen entgegenwirken?

Wer von uns ausgebildet wird, erhält überwiegend auch anschließend von uns, also unseren Gemeinden und Gemeinschaften, eine Beschäftigung. Daher ist es den Kommunen ein großes Anliegen, dass wir an der Fakultät qualitativ hochwertig ausbilden.

Wir stehen, da wir auch für öffentliche Universitäten ausbilden, unter doppelter Beobachtung: auf der einen Seite die Kontrolle durch die Universitäten und durch weitere Autoritäten wie die Ministerien und deren Inspektoren – auf der anderen Seite die Beobachtung durch unsere Kommunen und Kirchen. Alle haben ein Interesse daran, dass die Ausbildung gut ist. Aber wir bzw. alle religiösen Fakultäten sind nur ein kleines Rädchen im ganzen Bildungssystem. Insgesamt haben die theologischen Fakultäten nicht mehr als 1500 bis 2000 Studenten. Das sind gerade mal 1,5 Prozent aller Studierenden. Wir haben also wenig Einfluss auf das System.

Denken Sie, dass der Islam im Bildungssystem eine wichtige Rolle spielt?

Es gibt weder einen christlichen, noch einen muslimischen, noch sonst einen religiösen Einfluss in unserem Bildungssystem – leider. Es wäre vielleicht besser, einen solchen einzuführen, zumindest einige Werte und Grundlagen des Islam beispielsweise. Denn im Moment befindet sich unser Bildungssystem in einer Art „unvollständigen“ Übergangsphase. Das ursprüngliche Wertesystem kollabierte



Professor Alibašić im Gespräch mit Jessica Gehring.

nach dem Krieg – und seither wurde es nicht erneuert oder ersetzt von einem liberalen, demokratischen Wertesystem. Ja, okay, nominell schon, von wegen Menschenwürde und so weiter.

Aber für Studenten geht es in keinsten Weise um Religion, der Islam spielt keine Rolle bei der Berufswahl – für sie geht es nur darum, irgendein Zertifikat zu bekommen und damit weiterzumachen.

Wir haben die Chance verpasst, ein neues System einzuführen, das für Studenten oder Professoren erstrebenswert wäre. Niemand hat eine klare, gemeinsame, einheitliche Vision. Was fehlt – nach dem Krieg und alldem – ist ein Neubau des Bildungssystems.

Was schlagen Sie also vor zu tun?

Es gab bereits eine Reform – die zieht sich aber schon seit Ewigkeiten hin und bewegt sich nun eher rückwärts. Die Menschen haben das satt. Was wir brauchen, ist im Wesentlichen beratende Unterstützung. Es gibt verschiedene helfende Einflüsse von außen, aber es gibt noch so viel zu tun.

Was wir meiner Meinung nach zuerst tun müssen, ist inne zu halten und ehrlich zu uns selbst sein. Das kann aber vielleicht erst passieren, wenn es erstmal noch schlimmer wird – oder wenn unser System entpolitisiert wird. Denn viele Lehrer und Professoren hier stehen mit einem Bein in der Politik, mit dem anderem aber im Klassenzimmer. Das ist nicht gut, denn sie sind mit ihren Gedanken an den falschen Orten. Es gibt einiges zu tun: Für 170.000 Studenten nur 10.000 Angestellte und Mitarbeiter allein in der Hochschulbildung, das reicht einfach nicht.

Es bedarf einiges an Energie – und Geld. Geld für Forschung und Bibliotheken, denn das fehlt uns hier noch. Ohne das können wir nicht weiter machen.

„Berufsausbildungen haben in der Türkei kein Ansehen“

Der türkische Arbeitsmarkt kennt viele Probleme. Unter anderem bleiben Lehrstellen frei, weil die Ausbildung zum Handwerker geringgeschätzt wird. Der Verband TÜRKONFED, ein Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung, will das ändern – und setzt dabei auch auf europäische Vernetzung.

von Jessica Gehring

Auf dem türkischen Arbeitsmarkt gibt es eine paradoxe Situation: einerseits 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, Tendenz aktuell steigend – auf der anderen Seite gibt es freie Lehrstellen, die keiner haben will. Denn Berufsausbildungen werden in der Türkei so wahrgenommen, als seien sie nur etwas für die Unterschicht. Das will die Nichtregierungsorganisation TÜRKONFED (Turkish Enterprise and Business Confederation) ändern.

Der türkeiweit organisierte Verband ist ein Versuch, viele regionale Einzel-Föderationen zusammenzuschließen. Die erklärten Ziele: regionale Entwicklung voranbringen, Berufsausbildungen fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Unternehmen steigern. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf kleinen und mittelständischen Unternehmen, über die gesamte Türkei verteilt. TÜRKONFED führt akademische Feldstudien durch, macht Probleme in der regionalen Entwicklung ausfindig und schlägt Politik und Wirtschaft Lösungen vor. Der Verband repräsentiert Unternehmen mit einem Gesamt-Geschäftsvolumen von 208 Milliarden US-Dollar.

Obwohl der letzte große Report aus dem Jahr 2007 stammt, sind die Erkenntnisse immer noch valide, so Betül Çelikalleli. Sie ist Stellvertreterin des Generalsekretärs von TÜRKONFED und weiß, dass die Probleme im Arbeitsmarkt sehr komplex sind: „Die Jugend sieht Ausbildungen als schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse an. Und auf der anderen Seite denken Arbeitgeber, dass beispielsweise duale Ausbildungen, wie sie sich in anderen Ländern schon bewährt haben, nicht geeignet seien – nur weil sie keine Erfahrung haben und nicht wissen, was sie von ihren Angestellten erwarten können. Allgemein kann man sagen: Berufsausbildungen haben in der Türkei kein Ansehen.“

Wie in vielen Nachbarländern auch ist in der Türkei der Staat Hauptarbeitgeber. Das Problem: Es gibt kaum noch Jobs in der Verwaltung zu vergeben, neu geschaffen werden auch keine. Außerdem hat die Religion einen wichtigen Einfluss in dem muslimisch geprägten Land, auch auf die Ausbildung, wie Çelikalleli weiß: „Die Menschen hier legen großen Wert auf die religiöse Bildung ihrer Kinder und schicken sie auf entsprechende Schulen, um den Islam zu lernen. Das ist an sich gut, bloß: Geschäftsmännern ist das



Betül Çelikalleli

egal. Sie brauchen ausgebildete Handwerker oder Mechaniker“. Hinzu kommt, dass gerade Frauen handwerkliche Ausbildungen versagt bleiben. Entweder duldet es die Familie nicht oder es wird jungen Mädchen grundsätzlich nicht zugetraut, sie tatsächlich absolvieren zu können. Deshalb wirbt TÜRKONFED auch verstärkt mit speziellen Workshops und Initiativen für die Ausbildung von Frauen.

Ein großes Problem sieht Çelikalleli in der allgemeinen Mobilitätsbereitschaft der Jugend. Kaum einer will den behüteten Elternhaufen verlassen. Dabei gibt es Anreize: Startups werden sehr gefördert und mit einem guten Grundkapital versorgt. Zudem gibt es Mentorenprogramme, die Jungunternehmer anleiten und langfristig unterstützen können. Was fehlt, sind Bewerber und Ideen.

Seit dem 11. Februar 2014 ist TÜRKONFED Mitglied des europäischen Dachverbands UEAPME (Union Européenne de l'Artisanat et des Petites et Moyennes Entreprises). Er vertritt die Interessen des Handwerks sowie der kleinen und mittleren Unternehmen in der Europäischen Union. Als Mitglied des Dachverbands müssen alle Mitglieder von TÜRKONFED EU-Ausbildungsregelungen für ihre Berufsausbildungen berücksichtigen und in ihre Standards einarbeiten. So soll eine allgemeine Qualität der Ausbildungen geschaffen werden. „Das ist ein erster wichtiger Schritt, um die allgemeine Wahrnehmung von Ausbildungen zu verändern“, so Betül Çelikalleli. Mit EU-weit gültigen Ausbildungsnachweisen hätten Mädchen und Jungen eine gute Chance auf eine angemessene Beschäftigung.

„Frauen spielen eine viel zu geringe Rolle“

Faiza Kefi hat eine außergewöhnlich erfolgreiche Berufskarriere hinter sich. Sie war die erste Frau an der Spitze des tunesischen Umweltministeriums (1999–2004), außerdem erste Präsidentin des Rechnungshofes. Heute sitzt sie im Exekutivkomitee der Regierungspartei Nidaa Tounes und zeigt sich im Interview mit Anuscha Loza optimistisch, dass sich die Rolle der Frauen in der tunesischen Arbeitswelt entscheidend ändern wird.



Faiza Kefi

Frau Kefi, als Politikerin sind Sie zumindest derzeit noch in Tunesien in einer Männerdomäne tätig. Wie sehen Sie die Rolle der Frau in der tunesischen Arbeitswelt?

Machen wir uns nichts vor: Frauen spielen leider eine zu geringe Rolle – eine viel zu geringe Rolle! Weibliche Arbeitskräfte sind auf unserem Arbeitsmarkt nach wie vor unterrepräsentiert. Die Politik steht in der Verantwortung, da richtige Entscheidungen zu treffen und Investitionen zu tätigen, damit der Anteil der Frauen in den Berufsausbildungen steigt.

Wie optimistisch sind Sie, dass das gelingt?

Ich bin nicht nur optimistisch, ich bin überzeugt davon, dass die Frauen in den kommenden Jahren in Tunesien zu einem tragenden Pfeiler unserer Arbeitswelt werden. Und das sage ich nicht aus idealistischen Gründen oder deswegen, weil ich selbst eine Frau bin.

Woher rührt Ihre Überzeugung denn dann?

Die demographischen Fakten sprechen für sich. Wir werden auf die weiblichen Arbeitskräfte angewiesen sein, um unsere Ressourcen ausschöpfen zu können. Tunesien hat da ein großes, schlafendes Potential.

Sind die Türen für Frauen denn weit genug geöffnet, dass sie ihr Potential ausschöpfen können?

Ja. An den Universitäten sind weibliche Studentinnen ja mittlerweile

ganz alltäglich. Genauso stehen ihnen die Türen zu Berufsausbildungen offen. Da gibt es keine Diskriminierung – und das macht die Frauen Schritt für Schritt selbstbewusster. Wir müssen dahin kommen, dass Frauen genauso wie Männer traditionelle Denkmuster ablegen – und das in jeder Hinsicht.

Was meinen Sie genau mit traditionellen Denkmustern?

Wir sprechen die ganze Zeit davon, dass mehr Frauen den Weg in die Berufsausbildung finden. Aber ich denke da noch einen Schritt weiter: Sie sollen nicht nur eine Ausbildung machen, sondern sich auch trauen, einen vermeintlichen Männerberuf auszuüben. Gleiches gilt umgekehrt für Männer! Männer in Textilberufen, Frauen in technischen Jobs – dahin müssen wir kommen. Dann wird unsere Arbeitswelt einen entscheidenden Schritt weiter kommen und unsere Wirtschaft signifikant profitieren können.

„Es hilft uns nicht, wenn alle studieren gehen“



Prof. Niang entwickelt Konzepte für ein besseres Ausbildungssystem im Senegal.

von Anuscha Loza

Mouhamed Fadel Niang

Viel lieber als über die Probleme des Bildungssystems im Senegal spricht Professor Mouhamed Fadel Niang über Lösungen. Niang entwickelt am Institut supérieure d'enseignement professionnel in Thiès Konzepte, wie mehr Jugendlichen der direkte Übergang von der Schule ins Berufsleben gelingen kann. Gefördert wird das Institut von der Regierung. Die Politik im Senegal hat die Zeichen der Zeit erkannt. Bildung und Ausbildung stehen im Zentrum des aktuellen Regierungsplans.

„Wir müssen dafür sorgen, dass Ausbilder und Unternehmer miteinander sprechen“, sagt Niang. „Nur so können wir dafür sorgen, dass die Jugendlichen gezielt ausgebildet werden und die Fähigkeiten erlernen, die die Unternehmen auch tatsächlich verlangen.“ Denn nur wenn der Nutzen auch für die Unternehmen nachvollziehbar sei, sei der Anreiz groß genug, Kapazitäten und Strukturen zur Ausbildung

Jugendlicher zu schaffen. „Außerdem ist es wichtig, dass wir Maßnahmen zur Qualitätsüberprüfung der Ausbilder und Ausbildungen durchsetzen. Es ist entscheidend, dass die Unternehmen sich sicher sein können, davon zu profitieren, dass sie Ausbildungsplätze anbieten“, so Niang.

Ein weiterer Schlüssel zu einem funktionierenden Ausbildungssystem ist die Durchlässigkeit in jede Richtung. Wer sich für eine Berufsausbildung entscheidet – sei es direkt nach der Schule oder nach einem Bachelor-Abschluss – soll dennoch stets auf den Weg der Hochschullaufbahn zurückkehren können. Niang erhofft sich davon eine Aufwertung von Berufsausbildungen. „Traditionelle Bildung genießt immer noch einen viel besseren Ruf. Wer an der Uni ist, hat etwas erreicht – dieses Denkmuster ist in den meisten Köpfen leider noch immer fest verankert“, sagt Niang.

Niang redet leidenschaftlich, liest Zahlen und Statistiken vor, untermalt seine Argumente mit Gesten: „60 Prozent aller Afrikaner sind unter 20 Jahren. Der Kontinent braucht Arbeitskräfte, es hilft uns einfach nicht weiter, wenn alle studieren gehen“. Um die eigene Wirtschaft voranzubringen, seien Ausbildungen wichtig, besonders in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus und Multimedia. Letztgenannter Sektor ist Niang ein besonderes Anliegen. „Eine Berufsausbildung hat in den Vorstellungen vieler ausschließlich etwas mit traditionellem Handwerk zu tun. Dabei bildet das Internet eigentlich den Kernbereich, der uns interessiert.“ Man brauche junge Berufstätige, die im Umgang mit Computern, Netzwerk- und Office-Systemen gut ausgebildet sind. Dann könne man mithalten mit allen Ländern der Welt – das Potential sei ja da. Die demographische Entwicklung biete dem Senegal große Chancen: Während die meisten Industriestaaten unter einer alternden Bevölkerung leiden, gibt es im Senegal angesichts der hohen Geburtenraten keinen Mangel an Arbeitskräften. Und alle anderen Probleme ließen sich ja auch lösen.



In Tunis erläuterte Professor Niang das senegalesische Bildungssystem.

„Ausbildungen dürfen nicht als Notlösung angesehen werden“



Djayadi Hanan

Der Politikwissenschaftler Djayadi Hanan hat lange für das „Institute for Education Reform“ in Indonesien gearbeitet. Im Interview konnte er Anuscha Loza daher erläutern, welche Bedeutung die duale Ausbildung in seinem Land hat – und warum Indonesien noch nicht als Vorbild in diesem Bereich dienen kann.

Herr Hanan, welche Stellung nimmt die duale Berufsausbildung im indonesischen Bildungswesen ein?

Eine immer wichtigere. Natürlich liegt noch sehr viel Arbeit vor uns, aber das Bewusstsein für diesen Ausbildungszweig ist in der Politik durchaus vorhanden – und wächst auch bei der Bevölkerung.

Tun die Politiker denn auch konkret etwas für mehr Ausbildungsstellen?

In jedem Fall. Es sind einige Regierungsprogramme auf den Weg gebracht worden, deren Ziel es ist, für duale Studienprogramme und Ausbildungsberufe zu werben. Dieses Engagement seitens der Politik halte ich für enorm wichtig. Ausbildungen dürfen nicht als zweitbeste Option oder gar als Notlösung angesehen werden. Da gilt es, mithilfe von kreativen Kampagnen das Image zu verbessern.

Gelingt das? Wie hat sich die Auffassung innerhalb der Bevölkerung diesbezüglich entwickelt?

Wie eingangs gesagt ist das Bewusstsein vorhanden. Die Menschen sehen den Sinn und den Nutzen von dualen Ausbildungswegen. Das spiegelt sich auch darin wieder, dass die Mittelschicht stetig wächst.



Die Teilnehmer des Workshops zu Bildung und Ausbildung. Mittig in der hinteren Reihe mit der roten Krawatte Dr. Hardy Ostry, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien.

Das klingt alles sehr positiv. Wie erklären Sie sich dann, dass die Etablierung von Berufsausbildungen in Indonesien so gut gelingt, während viele andere muslimisch geprägte Länder große Schwierigkeiten damit haben?

Ich denke, wir sind ein recht pragmatisch denkendes Volk. Die Menschen verstehen, dass die Bildung an den spezifischen Bedarf eines jeden Landes angepasst werden sollte. Die Ressourcen geben vor, welche Arbeitskräfte benötigt werden. Darauf beruht ja letztlich auch die Soziale Marktwirtschaft – es gilt, sich zu spezialisieren.

Also geht Indonesien als leuchtendes Beispiel voran?

Nein. Die Teilerfolge, die wir bereits erzielt haben, motivieren uns. Aber natürlich verschleiern sie nicht, dass noch ein langer Weg vor uns liegt. Zum Teil sind wir ihn schon gegangen. 1999 wurde die indonesische Verfassung neu aufgesetzt. Seitdem fließen 20 Prozent aller zu verteilenden Gelder in Bildung und Ausbildung. Trotzdem absolvieren erst knapp 50 Prozent aller Schulabgänger eine Ausbildung. Unser Ziel muss es sein, dass dieser Wert auf 70 oder gar 80 Prozent ansteigt. Daran und dafür arbeiten wir.

Perbankan Islam

Workshop 4

Islamic Banking

Koran-konforme Konkurrenz

Malaysia gilt als globales Zentrum für Islamisches Bankenwesen. Auch in Berlin hat in diesem Jahr die erste islamische Bank, Kuveyt Türk, geöffnet. Trotzdem halten sich deutsche Kunden noch zurück. Aber das Potenzial ist groß.

von Julia Gurol

Geld verleihen, spekulieren und Zinsen einnehmen: Was für westliche Banker zum Alltag gehört, ist für Tahir Ali Sheikh streng tabu. Er ist im Vorstand der CIMB Islamic Bank Berhad, der größten islamischen Bank Malaysias, und dort für die Scharia-konforme Abwicklung der Bankgeschäfte zuständig.

Die Konformität mit dem Islam ist die Grundlage von Islamic Finance. Dadurch unterscheiden sich Finanzgeschäfte nach islamischem Recht sehr stark von westlichen. Der Koran verbietet nämlich in Sure 2, 275 die Annahme von Zinsen und deklariert: „Diejenigen, die Zins verschlingen, werden nicht anders aufstehen als jemand, den der Satan durch Wahnsinn hin und her schlägt“. Kostenlos bekommen die Kunden von Tahir Ali Sheikh ihre Kredite trotzdem nicht, sie werden lediglich nach einem anderen Modell vergeben: Anstatt Geld etwa für einen Autokauf zu verleihen, erwirbt die CIMB Bank selbst das Objekt der Begierde und verkauft es dann mit einem Preisaufschlag an den Kunden weiter. Dieser zahlt den Gesamtbetrag in Raten zurück – genau wie bei anderen Darlehen. Diese Form der zinslosen Anleihen wird auch als „sukuk“ bezeichnet.

Malaysia gilt als das Zentrum des Islamic Banking und stellt zudem den größten Markt an Sukuks. Rund 60 Prozent der islamischen Finanzgeschäfte weltweit entfallen auf Malaysia. Doch auch außerhalb des Landes steigt kontinuierlich die Nachfrage nach Anlagemöglichkeiten und Sparprodukten, die dem islamischen religiösen Recht, der Scharia, entsprechen. „Islamic Banking kann sich auch als realistische Konkurrenz zum konventionellen Bankensystem etablieren und dadurch auch nicht-muslimische Kunden anlocken“, betont Sheikh. Die Vorteile islamischer Finanzgeschäfte liegen für ihn auf der Hand. Dadurch, dass allen Finanzgeschäften reale Sachwerte zugrunde liegen müssen, beispielsweise Immobilien, sinkt die Wahrscheinlichkeit von Spekulationsblasen, Verlusten durch Ramschhypotheken oder riskanten Kreditderivaten. In Malaysia lockt das vor allem nachhaltige Anleger an. „In Malaysia boomen islamische Finanzgeschäfte und die Branche wird immer diversifizierter“, so Sheikh.

Auch internationale Finanzzentren sind bereits auf das Konzept des Islamic Banking aufmerksam geworden. Doch während London schon auf dem Weg zur Drehscheibe für islamische Finanzgeschäfte in Europa ist und eifrig um das Geld von Scheichs und Staatsfonds buhlt,



Tahir Ali Sheikh

findet Koran-konformes Banking in Deutschland noch keinen rechten Anklang.

Dabei sieht auf den ersten Blick alles sehr vielversprechend aus. „Der Markt in Deutschland für Islamic Banking ist riesig“, erklärt Zaid El-Mogaddedi, Leiter des Institute for Islamic Banking and Finance (IFIBAF) in Frankfurt. „Es gibt rund 4,5 Millionen Muslime in Deutschland. Damit sind wir in Europa das zweitgrößte Land mit muslimischer Bevölkerung.“ Auf der Suche nach neuen Kundensegmenten kämen die lokalen Anbieter auf Dauer gar nicht an dieser islamischen Community vorbei. Trotzdem hält Deutschland sich noch zurück. Woran liegt das? Laut El-Mogaddedi gibt es dafür mehrere Gründe.

Ein Grund sei die Qualität der angebotenen Dienstleistungen, die im Vergleich zu konventionellen Banken noch

zu schlecht sei. Um sich wirklich etablieren zu können, müssen Islamic Banks wettbewerbsfähig sein. „Geld bestimmt das Spiel. Islamische Banken müssen konkurrenzfähig sein. Kein Kunde zahlt mehr, nur weil eine Bank ethisch wertvoll und Scharia-konform ist“, betont El-Mogaddedi. Islamic Banks müssten dieselben Dienstleistungen anbieten wie konventionelle Banken, zu vergleichbaren Preisen und Bedingungen. El-Mogaddedi ist fest davon überzeugt, dass in der großen islamischen Community ein interessanter Absatzmarkt verborgen liegt, den es mit wettbewerbsfähigen Dienstleistungen nun zu erobern gilt. Erst dann hätten islamische Banken ernst zu nehmende Marktchancen, meint er.

Dass das noch lange nicht gegeben ist, zeigt das Beispiel der ersten islamischen Bank in Deutschland, Kuveyt Türk (KT). Das Institut erhielt zu Jahresbeginn 2015 von der BaFin eine Banklizenz und eröffnete im Laufe der ersten sechs Monate des Jahres drei Filialen: in Mannheim, Frankfurt und Berlin. Gut 200.000 Kunden will die KT-Bank in den kommenden Jahren gewinnen, für 2015 lautet das Geschäftsziel 20.000. Im August, also zwei Monate nach Eröffnung der Filialen, hatten aber erst 120 Kunden ein Konto bei der KT-Bank eröffnet.

Neben mangelnder Wettbewerbsfähigkeit liegt ein weiteres Problem im Begriff „islamisch“. Zur Verdeutlichung erzählt El-Mogaddedi eine Anekdote: Vor einigen Jahren stellte er einem Vertreter der Commerzbank einen Plan zur Einführung von zinsfreien Sukuk-Anleihen vor – um die Reaktionen auszutesten und die Offenheit konventioneller Banken gegenüber Scharia-konformen Finanzgeschäften zu testen. „Nach dem Beratungsgespräch fragte mich der Commerzbank-Vertreter: ‚Ist Islamic Banking eine Methode der geheimen Terrorismusfinanzierung?‘. Bei so einer Einstiegsfrage ist klar, dass islamisches Bankwesen dort keine

Chance hat“, so El-Mogaddedi. Diese Aussage spiegelt die Angst vieler Kunden konventioneller Banken wieder. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte „Sharia-Board“. Bei jeder islamischen Bank wacht diese Ethikkommission über die Einhaltung der ethischen Standards und die Islamkonformität der Bankgeschäfte. Sie setzt sich aus Gelehrten mit ökonomisch-theologischer Ausbildung zusammen und erstellt Gutachten, Fatwas, für jedes Bankengeschäft. Bei der Kuveyt Türk Bank wurde das „Sharia-Board“ nun in „Ethikrat“ umbenannt, da dieser Begriff weniger Misstrauen erregen soll und weniger negativ konnotiert ist.

Ein weiteres, wenn auch nicht so dominierendes Problem liegt in der Zusammensetzung der Zielgruppe in Deutschland. 2,7 Millionen der in Deutschland lebenden Muslime kommen aus der Türkei und damit aus einem Land, in dem Islamic Finance nicht besonders beliebt ist. Seit einem Betrugsskandal mit islamischen Finanzprodukten in den 90er Jahren vertrauen viele Türken ihr Geld lieber kemalistischen Banken an.

Ob die Kuveyt Türk letztendlich erfolgreich sein wird und ob sich Islamic Finance in Zukunft stärker in Deutschland ausbreiten wird, ist noch offen. Noch steht Islamic Finance erst am Anfang der Entwicklung. Zumindest einige Zahlen klingen vielversprechend: Laut einer Roland-Berger-Studie liegt das Marktpotenzial für ethisch basiertes Investment, dessen Grundzüge auch islamisches Finanzwesen in sich trägt, in Deutschland bei knapp 13 Millionen Kunden. Und das IFIBAF selbst ermittelte 2009 bei rund 15 Prozent der hiesigen Muslime ein Interesse an Scharia-konformen Finanzprodukten. Mit der richtigen Herangehensweise, so glaubt El-Mogaddedi, ließe sich diese Zahl jedoch verdoppeln. Vielleicht können Erfahrungswerte von Bankern wie Tahir Ali Sheikh ja dabei helfen.



In Kuala Lumpur diskutierte etwa ein Dutzend Experten praktische Aspekte des Islamic Banking. Im Bild Salim Zagar, Unternehmer aus Tansania.

„Die Sukuks werden den Markt ankurbeln“

Wer Zinsen nimmt, auf den wartet laut Koran das „Höllengefeuer“. Zinslose Anleihen sind daher Kern islamischer Bankgeschäfte. Sulaiman Al-Harthy von der Bank Muscat in Oman sprach mit Julia Gurol über die Funktion dieser „Sukuks“ – und über die Rolle, die Islamic Banking in seinem Leben spielt.

Vom konventionellen Banker zum Vertreter des „Scharia-Banking“: Sie sind einen unkonventionellen Weg gegangen, Herr Harthy. Hat sie das jemals vor Probleme gestellt?

Bisher nicht. Aber ich vermeide es auch, mich auf Diskussionen einzulassen, die sich um spezielle Fragen des Islam drehen – da könnte ich einfach nicht mitreden. Wissen Sie, meine Strategie ist so: Ich gehe offen zu den Leuten hin und sage: „Hey, ich bin ein Banker und möchte erfolgreiche Bankgeschäfte abschließen. Wenn Sie über spezifische Fragen des Islam diskutieren wollen, fragen Sie meinen Kollegen XY.“ Das funktioniert sehr gut und ich bin ehrlich mit allen.

Dass Sie die konventionelle Bankenwelt verlassen haben, ist nun drei Jahre her. Vermissen Sie manchmal das „herkömmliche“ Bankgeschäft?

Das tue ich, das tue ich. Als ich angefangen habe, für die islamische Bank zu arbeiten, bedeutete das eine Kehrtwende von 180 Grad, auch im Privatleben. Plötzlich konnte ich nicht mehr einfach so ins Restaurant gehen, ein Steak bestellen und dazu ein Glas Wein. Warum? Weil ich meine komplette Glaubwürdigkeit als „Islamic Banker“ verlieren würde, wenn mich einer meiner Kunden dabei sieht. Sich gut in der Branche auszukennen ist eine Sache, sich an die islamischen Prinzipien zu halten eine andere. Das war nicht ganz einfach. Trotzdem bin ich froh, dass ich die Chance habe, diese Branche in meinem Land von Null aufzubauen.



Die Teilnehmer des Workshops zu Islamic Banking. Mittig in der vorderen Reihe Jan Senkyr, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Malaysia.



Sulaiman Al-Harthy

Und das tun Sie offensichtlich sehr erfolgreich. Oman steht kurz vor der Ausstellung einer sogenannten Sukuk-Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar. Können Sie noch einmal zusammenfassen, was genau ein Sukuk ist und wie er sich von herkömmlichen Anleihen unterscheidet?

Man könnte einen „Sukuk“ auch als eine Art „islamischer Anleihe“ bezeichnen: Im Gegensatz zu herkömmlichen Anleihen fokussiert sich der Sukuk jedoch auf ganz reale Sachwerte oder Sachgüter. Es ist also keine spekulative Anleihe, der nichts an Werten gegenübersteht.

Das funktioniert dann im Konkreten so: Die Regierung, in meinem Fall die Regierung des Oman, identifiziert ein bestimmtes Stück Ackerland und verkauft dieses Stück Land an die Sukuk-Gläubiger. Diese wiederum vermieten es dann zurück an die Regierung, diese muss Miete für das Stück Land zahlen. Ein Sukuk ist also – im Gegensatz zu herkömmlichen, oft spekulativen Anleihen – eine Art Besitzurkunde. Sprich: Der Gläubiger des Sukuks besitzt ein Stück Land, das genau dem Wert entspricht, den er investiert hat.

Wie genau kann ich mir die Ausstellung eines Sukuks vorstellen, wie geht Oman da vor?

In unserem Fall stehen jetzt Reglementierungen ganz oben auf der Agenda. Wir durchlaufen den Ausstellungsprozess ja zum ersten Mal. Der Sukuk, den wir jetzt bald ausstellen, wird auch an der Börse existent sein. Das bedeutet: Sollte ein Anleger sein Geld vor dem Wertstellungsdatum in fünf

Jahren haben wollen, kann er nicht einfach die Regierung bitten, das Stück Land zu verkaufen und ihm das Geld auszuzahlen. Er kann es aber stattdessen über die Börse verkaufen. Dazu braucht es klare Richtlinien, die wir erst einmal erschaffen müssen.

Was verspricht sich Oman von der Ausstellung des Sukuks?

Sie müssen sich Folgendes klar machen: Im Oman haben wir bisher noch keine einzigen staatlichen Anleihen. Das bedeutet, dass der Zinssatz nur auf den Kosten von Fonds basiert. Der Sukuk wird dabei helfen, eine einheitliche Rate für die Verleihung von Krediten zu kreieren.

Wenn dieser erste Sukuk von 500 Millionen Dollar erfolgreich ist – wird es dann mehr Sukuks in Oman geben? Gibt es dazu bereits Pläne?

Wissen Sie, in der islamischen Welt diskutieren wir viel zu viel. Auch über dieses Thema. Anstatt zu diskutieren, was richtig ist und was falsch, sollten wir uns auf den Hintern setzen und einfach anfangen, zu arbeiten und die Sukuks auszustellen.

Warum ich überzeugt bin, dass das der richtige Weg ist? Weil die Sukuks den Markt ankurbeln werden. Ein Beispiel: In der islamischen Welt gibt es viele Fonds, die sich um die Instandhaltung von Moscheen kümmern. Diese Fonds müssen irgendwie und irgendwo auch ihr Geld investieren – und diese Investitionsmöglichkeiten müssen wir ihnen schaffen. Noch gibt es sehr wenige Möglichkeiten, aber ich bin überzeugt davon, dass Sukuks der beste Weg sind, um den Markt voran zu treiben und die Investitionen anzukurbeln.

Wäre die Finanzkrise mit Islamic Banking nicht passiert?

Islamic Finance ist krisensicher, sagen muslimische Experten. Die Finanzkrise hätte auch der Koran nicht verhindern können, sagt hingegen ein deutscher Ökonom. Eine Gegenüberstellung.

von Maximilian Nowroth



Velid Efendić

2009, die weltweite Finanzkrise befindet sich gerade auf ihrem Höhepunkt, sind es ausgerechnet Stimmen aus dem Zentrum der katholischen Welt, die für ein Finanzwesen nach islamischem Recht werben. „Die ethischen Prinzipien des Islamic Finance können Banken wieder näher an ihre Kunden bringen“, heißt es in einem Artikel aus dem *L'Osservatore Romano*, der offiziellen Zeitung des Vatikan, der damals weltweit Schlagzeilen machte. Islamische Banken wurden in Teilen der Öffentlichkeit als Gewinner der Finanzkrise gesehen, weil sie mit ihrem Zinsverbot und dem Fokus auf Geschäfte ohne Spekulation nicht davon betroffen waren, dass faule Immobilienkredite aus den USA das globale Finanzsystem ins Wanken gebracht hatten.

Daraus folgt eine Frage, die Teilnehmer der Konferenz in Kuala Lumpur kontrovers diskutierten: Hätte es die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 nicht gegeben, wenn die Banken auf Grundlage des Korans gehandelt hätten?

Nik Mohamed Din Nik Musa, Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit am Malaysia International Islamic

Financial Centre (MIFC) bei der Zentralbank in Kuala Lumpur, betonte die Stabilität der islamischen Banken während der Finanzkrise. Keine einzige islamische Bank hätte während der Krise mit Steuergeld gerettet werden müssen, sagte Musa, während die fünf größten westlichen Banken insgesamt 163 Milliarden Dollar staatliche Unterstützung bekommen hätten. „Die Stabilität des islamischen Finanzsystems in der Krise hat globale Finanzzentren dazu bewegt, über Islamic Finance als eine tragfähige Alternative zum derzeitigen System nachzudenken.“ Der Zentralbanker sagte, dass islamische Banken schon vor der Finanzkrise deutlich größere Kapitalreserven hatten als ihre westliche Konkurrenz und ihr Geschäft rein auf Real- und nicht auf Geldwirtschaft beruhe. „Deshalb hat Islamic Finance das Ausmaß der Krise minimiert.“

Der deutsche Professor Volker Nienhaus widersprach dieser Ansicht. „Die Finanzkrise hätte in einem islamischen Finanzsystem genauso gut passieren können“, sagte der Ökonom, der seit mehr als 30 Jahren über arabische und islamische Banken forscht. Nienhaus wies darauf hin, dass nicht nur islamische, sondern auch konventionelle Banken aus muslimisch geprägten Ländern wie Malaysia, Indonesien oder der Türkei von der Finanzkrise nicht betroffen waren. Der Grund dafür sei, dass keines dieser Länder zu der Zeit eine Rolle auf dem internationalen Bankenmarkt gespielt habe. Außerdem sagte Nienhaus, dass muslimische Länder ihre Banken zwar nicht mit staatlichem Geld unterstützt, dafür aber die Preise von Immobilien künstlich hochgetrieben hätten, in die viele Banken investiert hatten. „Deswegen sahen die Bilanzen der islamischen Banken während der Finanzkrise relativ gut aus.“

Nik Mohamed Din Nik Musa von der malaysischen Zentralbank entgegnete, dass die Säulen des Islamic Finance damals wie heute ein natürliches Mittel gegen eine Finanzkrise seien: Ethik, Realwirtschaft, politische Steuerung (Governance) und Transparenz sowie Kooperation und Risikoteilung. Der Zentralbanker betonte, dass vor allem der Fokus auf die Realwirtschaft und das Verbot von übermäßiger Spekulation (Gharar) einen Crash vermeiden würden.

Professor Nienhaus stimmte ihm zu, dass hochspekulative Anlagen im islamischen Finanzwesen fehlten. „Aber es gibt westliche Investmentbanken, die heftig daran arbeiten.“ Tatsächlich wirbt die Deutsche Bank auf ihrer Internet-

seite mit Derivaten nach islamischem Recht – mit solchen Produkten also, die Investor Warren Buffett in Bezug auf die Finanzkrise als „Massenvernichtungswaffen“ bezeichnete. Und auch im Scharia-Board der Londoner Großbank HSBC gibt es ein Mitglied, das sich explizit um die Prüfung von strukturierten Finanzprodukten kümmert. „Auch aufgrund dieser Entwicklungen“, sagte Professor Nienhaus, „könnte es im islamischen Finanzsektor genau so eine Krise geben wie damals im westlichen System.“

Der Ökonom Velid Efendić, Assistant Professor an der School of Business and Economics in Sarajewo, sieht das anders. Er sagte auf der Konferenz: „Mit einem islamischen Bankensystem wäre die Finanzkrise wahrscheinlich verhindert worden – oder zumindest wäre der Schaden für die Wirtschaft deutlich geringer gewesen.“ Der Grund dafür sei, dass islamische Banken in ihren Bilanzen keine Forderungen aus Verträgen gegenüber ihren Kunden hätten, sondern reale Werte, in die sie im Auftrag ihrer Kunden investieren. Deswegen hätten islamische Banken nicht an einer Preisblase im Immobilienmarkt teilhaben können, wie sie 2007 in den USA entstanden ist. „Dafür hätten die finanziellen Ressourcen gefehlt“, sagte Efendić.



Volker Nienhaus

Professor Nienhaus dagegen sagte, dass islamische Banken genau das gleiche Problem hätten wie westliche Banken – nämlich, dass sie teilweise Wohnungen für Menschen finanzieren, die sich einen Kauf gar nicht leisten könnten. Banken würden es aber trotzdem tun, wenn sie glaubten, dass die Preise für die Immobilie in Zukunft stiegen und die Wohnung im Notfall verkauft werden könnte. „Das zeigt: Bei islamischen Banken kann es genauso gut zu Überschuldungskrisen und Blasen kommen wie bei gewöhnlichen Banken“, so Nienhaus. Vor allem in der Immobilienfinanzierung, einem Kernbereich des Islamic Banking, sei das der Fall. Als Beispiel führte Nienhaus den Zusammenbruch des Immobiliensektors in Dubai im Jahr 2009 an. Damals hatte das Emirat den Bau eigener Immobilien durch Investitionen im amerikanischen Immobiliensektor refinanziert. „Daran sind auch islamische Banken beteiligt gewesen“, sagte Nienhaus. Durch die zunehmenden Pleiten im amerikanischen Immobiliensektor konnte Dubai eigene Schulden von rund 60 Milliarden Dollar nicht mehr bedienen und musste zahlreiche Bauprojekte stoppen.

Velid Efendić räumte ein, es sei schon möglich, dass Islamische Banken an einem überhitzten Immobilienmarkt teilnahmen, wenn die Preise stärker stiegen als die tatsächliche Nachfrage – möglicherweise wegen spekulativer Investoren. „Aber das ist ein natürlicher Prozess, der immer noch auf den Gesetzen der Ökonomie von Angebot und Nachfrage beruht“, sagte Efendić. „Ich spreche auch von einer ‚natürlichen Blase‘. Die ist aber deutlich kleiner und weniger von einem kompletten Zusammenbruch bedroht als die Immobilienblase damals in den USA.“

Mittlerweile ist die Finanzkrise sechs Jahre her und die Frage ist, ob islamische Banken sie heute noch nutzen können, um sich erfolgreich in der westlichen Welt als Alternative zum bisherigen System zu positionieren. Nik Mohamed Din Nik Musa sprach von einem soliden Wachstum des Islamic Finance in den letzten Jahren, mit einer durchschnittlichen Rate von mehr als 17 Prozent pro Jahr. Bis zum Ende des Jahrzehnts erwartet der Notenbanker eine Verdoppelung der Anlagen bei islamischen Banken auf mehr als vier Billionen Dollar.

Professor Volker Nienhaus zeigte sich skeptisch hinsichtlich der Frage, ob islamische Banken in Deutschland als moralische Alternative zum bisherigen System erfolgreich sein können. „Ich glaube, dass es nicht funktionieren wird, wenn sich islamische Banken in Deutschland in erster Linie als ethische und alternative Banken positionieren“, sagte er. Denn es gebe schon einige Banken wie die GLS Bank, die bereits diese Nische besetzt und Kunden gefunden hätten. Außerdem verwende eine islamische Bank kompliziertere Begriffe und Verträge als eine konventionelle Bank, weil sie sowohl dem deutschen Gesetz, als auch der Scharia genügen müsse. Eine islamische Bank wie die Kuveyt Türk (KT), die seit diesem Sommer auch in Deutschland um Kunden werben darf, müsse ihre westlich geprägten Investoren also zunächst überzeugen, dass sich der zusätzliche Aufwand bei der Kontoeröffnung lohnt.

Was bleibt?

Erkenntnisse des Projektes für den Bereich Islam und Religionsdialog sowie für die internationale Zusammenarbeit

Thomas Volk/ Gunter Rieck Moncayo



Thomas Volk

Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft und Demokratie weltweit – Das Beispiel der muslimisch geprägten Welt“ hat zahlreiche Erkenntnisse über Fragen des Islams bestätigt und neue Facetten der Vielfalt innerhalb der muslimisch geprägten Welt herauskristallisiert. Im Mittelpunkt des Projekts stand die konkrete Analyse von vier Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft im Kontext der muslimisch geprägten Welt. Durch eine „bottom-up“-Perspektive und den Kontinent-übergreifenden Austausch mit Praktikern von Behörden und Wissenschaftseinrichtungen aus Deutschland und Ländern der muslimisch geprägten Welt wurde die Vielfalt innerhalb der weltweiten

islamischen Gemeinschaft erneut deutlich. Dies besitzt eine direkte Signalwirkung für die muslimischen Gemeinschaften in Europa und Deutschland – eine monolithische Einheitlichkeit islamischer Wirtschafts- und Sozialordnungen ist nicht vorhanden.

Prinzipielle Offenheit für Wettbewerb und das Recht auf Eigentum im Islam

Dabei kann z. B. für den Bereich der Wettbewerbsordnung festgehalten werden, dass in der Mehrzahl der untersuchten muslimisch geprägten Länder zwar eine Wettbewerbsbehörde existiert, gleichwohl eine starke politische Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaftsregulierung beobachtet werden kann. Das Phänomen eines starken, kontrollierenden Staates ist in vielen Ländern der islamischen Welt ohnehin feststellbar und auch dann bemerkbar, wenn es um die Durchsetzung des Islams als Staatsreligion und sein Verhältnis zu anderen Religionen geht. Im konkreten Fall der Wettbewerbsordnung wurde allerdings deutlich, dass Religion keine besonders dominierende Rolle einnimmt und es vielmehr um die Struktur staatlicher Institutionen, eine gründliche Gewaltenteilung sowie die Bekämpfung von Korruption geht. Eine deutlich erkennbare islamische Konnotation der konkreten Institution der Wettbewerbsordnung ist nicht erkennbar, auch wenn der Islam prinzipiell für Wettbewerb und das Recht auf Eigentum eintritt.

Das Zins- und Spekulationsverbot sind Bestandteile von „Islamic Banking“

Zwar pflegt die islamische Tradition seit jeher ohnehin ein positives Grundverhältnis zu Fragen der Wirtschaft – schließlich war der islamische Prophet Muhammad selbst ein Händler und etablierte in Medina sehr früh eine Marktordnung – allerdings kann nur in Ansätzen von einer feststehenden islamischen Wirtschaftsordnung gesprochen werden. Ein solches islamisches Konzept liegt hingegen im Bereich des Finanz- und Bankenwesens durchaus vor. So befasste sich ein Workshop mit Fragen des „Islamic Banking“ und untersuchte neben theoretischen Grundlagen des islamischen Bankwesens vor allem auch die Frage der Umsetzbarkeit dieser Idee in muslimisch geprägten Ländern und darüber hinaus. Während das Zins- und das Spekulationsverbot zwei wesentliche Säulen des „Islamic Banking“ darstellen, bleibt die tatsächliche Besonderheit dieses Finanzwesens ein Gegenstand kontroverser Debatten. Obschon das Zinsverbot in den islamischen Schriften explizit erwähnt wird, stellt das islamische Bankwesen ein vergleichsweise neues Phänomen dar. Länder wie Oman bieten solche speziell als „halal“ (erlaubt) gekennzeichneten Produkte des islamischen Bankwesens z. B. erst seit wenigen Jahren an. Malaysia hingegen baut derzeit ein einen komplett neuen Finanzdistrikt für islamische Banken und hofft auf eine weiterhin ansteigende Klientel. Auch in Deutschland ist zwischenzeitlich eine erste Bank im Bereich „Islamic Banking“ zugelassen und erhofft sich, bei den mehr als vier Millionen potentiellen muslimischen Kunden einen neuen Markt zu erschließen.

Das deutsche System der dualen (Berufs-)Ausbildung genießt ein hohes Ansehen in der muslimisch geprägten Welt

Der Workshop zur (Aus-)Bildungspolitik verdeutlichte, dass auch in der muslimisch geprägten Welt Bildung und Wissen zentrale Bestandteile der Wirtschaftskraft kommender Generationen darstellen werden. Die Bevölkerungen in nahezu allen muslimisch geprägten Ländern sind jünger als 30 Jahre und stellen somit auch die Bildungssysteme der jeweiligen Länder vor große Herausforderungen. In zahlreichen Ländern, z. B. in der Türkei, Malaysia und Indonesien, ist zu erkennen, dass islamische Bildungsinstitutionen an gesellschaftlicher Akzeptanz (zurück)gewinnen. So

sind etwa in der Türkei zwischenzeitlich die sogenannten „Imam-Hatip“-Schulen beliebte Bildungseinrichtungen und nunmehr auch zur Ausstellung einer Hochschulzugangsberechtigung qualifiziert. Wie in vielen Ländern weltweit, so wird auch in der muslimisch geprägten Welt das in Deutschland existierende System der dualen Ausbildung besonders bewundert. Während die Hochschulbildung ein besonders hohes Ansehen in vielen Ländern der muslimisch geprägten Welt genießt, gelten praktische Berufe als wenig prestigeträchtig und werden daher bei der jungen Generation nur wenig nachgefragt, obwohl gerade hier ein großer Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften besteht. In Anbetracht dieser geringen Akzeptanz und des (wenn überhaupt) nur in Ansätzen vorhandenen Berufsschulwesens wäre eine Kooperation von Ausbildungsbetrieben mit Hochschulen im Sinne einer dualen Hochschulbildung möglicherweise ein vielversprechender Weg, um die praktische Komponente im Bildungswesen dieser Länder zu stärken. Ein weiterer wichtiger Punkt der Bildung im muslimisch geprägten Kontext stellt die Frage der Vorschulbildung dar. Diese findet weitestgehend nicht-staatlich organisiert statt, mehrheitlich durch die Familie. Studien belegen inzwischen allerdings, dass eine gute Vorschulbildung entscheidend für den weiteren Lebensweg einer Person ist. Eine Kampagne zur Förderung der Vorschulbildung könnte in der muslimisch geprägten Welt gerade im Kontext der Frauenförderung gelingen.

Die Zakat ist eine der fünf Säulen des Islams und bietet Anknüpfungspunkte zum Subsidiaritätsprinzip

Einen wichtigen Erkenntnisgewinn leistete der Workshop zur sozialen Sicherung in der muslimisch geprägten Welt, da insbesondere das Konzept der Zakat (Almosensteuer)

Anknüpfungspunkte zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bietet. Die Zakat ist eine der fünf Säulen des Islams und somit eine religiöse Pflicht jedes gläubigen Muslims. Sie wird in verschiedenen Ländern der muslimisch geprägten Welt unterschiedlich organisiert (privat, behördlich oder staatlich) und ersetzt nicht die staatliche Kranken-, Alten-, oder Pflegeversicherung. In der Zakat ist ein deutliches Element des Subsidiaritätsprinzips zu verzeichnen, da durch diese Abgabe die Eigeninitiative des Empfängers gefördert und gestärkt werden soll. Wie auch das islamische Banken- und Finanzwesen nicht von allen Muslimen als obligatorische Anlageinstitution angesehen wird, so ist auch die Einstellung zur Zakat innerhalb der muslimischen Gemeinschaft äußerst unterschiedlich.

Der Dialog auf Arbeitsebene und Augenhöhe bleibt unersetzlich

Neben den praktischen Erkenntnissen der Workshopserie wurde durch die Teilnehmer wiederholt unterstrichen, dass es viel mehr solcher Räume der Begegnung auf Arbeitsebene und zu konkreten Fragen der jeweiligen Wirtschaftsinstitutionen in unterschiedlichen Weltregionen benötige. Durch solch einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Vertretern von Behörden, Wissenschaftseinrichtungen und Verbänden aus Deutschland und unterschiedlichen Ländern der muslimisch geprägten Welt kann ein Verständnis für andere Vorgehensweisen wachsen und der Wissenstransfer in beide Richtungen intensiviert werden. Obschon die globalisierte und digitalisierte Welt von heute wesentliche Abläufe beschleunigt und zusammenbringt, bleiben doch die persönliche Begegnung und der direkte Meinungs- und Erfahrungsaustausch unersetzlich für ein gelingendes – und vor allem friedliches – Miteinander.



Gunter Rieck Moncayo im Gespräch mit Sulaiman Al-Harthy, Banker aus Oman.



Thomas Volk im Gespräch mit Hamda Moussa von der Handelskammer in Djibouti.

Die Soziale Marktwirtschaft ist als deutsches Erfolgsmodell auch und gerade in Ländern der muslimisch geprägten Welt gefragt. Das Interesse zielt dabei weniger auf philosophische und sozialetische Begründungen, sondern gilt vielmehr den positiven ökonomischen und gesellschaftlichen Ergebnissen, die erzielt werden. Die Umsetzung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beruht oftmals auf Voraussetzungen, die in dieser Form in weiten Teilen der Welt nicht vorhanden sind. Die Soziale Marktwirtschaft kann gleichwohl als Leitbild fungieren, ohne jedoch von sich aus einen Weg zur Umsetzung aufzuzeigen.

Erfahrungen der muslimisch geprägten Welt bieten wichtige Impulse für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft

Eine Verwirklichung der Euckenschen Prinzipien kann nur schrittweise erfolgen, dafür müssen die jeweiligen Institutionen einzeln angepasst werden. Der in diesem Projekt angestoßene und fortgeführte Dialog eröffnet hierfür die Möglichkeit. Dabei wird manch „deutsche“ Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft aus pragmatischen Gründen für viele Länder der muslimisch geprägten Welt vielleicht nicht geeignet sein, und auf der anderen Seite könnten einige der Erfahrungen aus der muslimisch geprägten Welt neue Impulse für unsere Arbeit liefern, indem sie eine neue Perspektive ermöglichen.

Im Rahmen des Projekts wurde deutlich, dass die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Korruptionsbekämpfung, der Frauenförderung, der Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen, des Mikrokreditfinanzierungswesen und der Aufklärung über Demokratie und

Rechtsstaat von enormer Wichtigkeit ist. Konkret dürfte eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Außenhandelskammern in Ländern der muslimisch geprägten Welt zu einer noch größeren Faszination für das Modell der dualen Berufsausbildung beitragen. Die Erkenntnisse aus der Vielfalt innerhalb der islamischen Welt tragen auch zu einer besseren Einschätzung mancher Entwicklungen innerhalb der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland bei. In vielen Bereich, die vermeintlich islamisch konnotiert sind, läuft einiges pragmatischer als erwartet. Das „Islamic Banking“ ist hierfür ein gutes Beispiel, da nur für einen ganz geringen Teil der Kundschaft das „Islamische“ allein ausschlaggebend für die Anlageentscheidung ist, sondern wie auch im konventionellen Bankwesen die Gewinnmaximierung nicht außer Acht gelassen wird. Der Dialog mit der islamischen Welt nimmt eine große Bedeutung ein und umfasst dabei auch die Neugierde, mehr über islamische Verständnisse von Bildungsförderung, sozialer Sicherung, Wettbewerbsordnung sowie Banken- und Finanzwesen zu erfahren. Das entscheidende Resultat dieses Projekts ist daher vielleicht auch, dass der Versuch von Simplifizierung und vermeintlicher Vergleichbarkeit nicht immer funktioniert und die Vielfalt des Islams auch in seinen regionalen und institutionellen Ausprägungen fortgeführt wird.

Thomas Volk ist Koordinator für Islam und Religionsdialog in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Gunter Rieck Moncayo ist Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Autoren aus der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Diese Broschüre über „Soziale Marktwirtschaft und Demokratie weltweit“ am Beispiel der muslimisch geprägten Welt ist eine Gemeinschaftsproduktion von drei Hauptabteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung: Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ), Politik und Beratung (PuB) sowie Begabtenförderung und Kultur (BK). Zu letzterer gehört seit mehr als 35 Jahren die Journalisten-Akademie der KAS, die einen Großteil der Autoren dieser Publikation gestellt hat. Insgesamt acht aktuelle und ehemalige Stipendiaten der Journalistischen Nachwuchsförderung haben die Workshops in Dakar, Ankara, Tunis und Kuala Lumpur in Zweier-Teams redaktionell begleitet. Wir stellen sie auf diesen beiden Seiten vor.



Mathias Birsens (22) studiert im Bachelor Islamwissenschaft an der Universität Hamburg und ist seit 2013 Stipendiat der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Er interessiert sich besonders für den Nahostkonflikt. Bei der Konferenz in Ankara hat er gelernt, dass nicht-staatliche Sozialsysteme wie die islamische Almosensteuer „Zakat“ eine wichtige Rolle für die soziale Sicherheit in einem Land spielen.



Jessica Gehring (23) studiert im Zweitstudium Politikwissenschaft an der Universität Tübingen und ist seit April 2013 Stipendiatin in der Journalistischen Nachwuchsförderung. Ihrem Interesse und ihrer Begeisterung für den Nahen und Mittleren Osten geht sie durch viele Reisen wie beispielsweise nach Jordanien, Kurdistan-Irak und in die palästinensischen Autonomiegebiete nach. Bei den Diskussionen und Gesprächen auf der Konferenz in Tunis lernte sie viel über die sehr unterschiedlichen Bildungssysteme, die es in den verschiedenen muslimischen Ländern gibt, und gleichzeitig, dass viel Handlungsbedarf besteht. Denn: Nur gute Bildung öffnet Türen.



Julia Gurol (21) studiert im Master Politikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und ist seit 2013 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Nebenbei arbeitet sie seit drei Jahren als freie Journalistin, unter anderem für die *Rheinische Post* und die *WirtschaftsWoche*. Julia interessiert sich insbesondere für Friedens- und Konfliktforschung, soziale Protestbewegungen im Nahen und Mittleren Osten sowie für die deutsche und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in dieser Region. Auf der Konferenz in Kuala Lumpur hat sie gelernt, dass islamische Bankgeschäfte nicht nur für islamische Länder von Interesse sind, sondern Kunden konventioneller Banken in Europa anlocken könnten.



Anna Klein (22) studiert Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Augsburg und ist seit 2013 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Für den Islam interessiert sie sich spätestens seit ihrer Bachelor-Arbeit, in der sie sich mit dem IS beschäftigt hat. Als Reporterin bei der KAS-Konferenz in Dakar fand sie es besonders spannend, wie vielfältig der Zusammenhang von Religion und Wirtschaft in den einzelnen islamischen Teilnehmerländern ist.



Anuscha Loza (26) arbeitet nach ihrem Studium der französischen und italienischen Philologie als freie Journalistin in München. Von 2009 bis 2014 war sie Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Während des Workshops in Tunis begeisterte sie besonders das partnerschaftliche Miteinander über Kultur- und Sprachgrenzen hinweg. Durch die Vorträge und lebhaften Diskussionen lernte sie, dass Bildung nicht nur eine Floskel, sondern ein universelles Gut ist – und zwar mitsamt seiner Probleme und Herausforderungen, aber auch mit all seinen Chancen und Möglichkeiten.



Kristina Milz (27) ist Doktorandin, Absolventin der Journalistischen Nachwuchsförderung (KAS) und freie Fachjournalistin für den Nahen Osten. Sie hat Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Als Autorin schreibt sie insbesondere Porträts, Reportagen und Essays über den Orient und die islamische Welt.



Maximilian Nowroth (27) ist Redakteur und Referent der Chefredaktion bei der *WirtschaftsWoche*. Er hat seinen Master in Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Mannheim und Sankt Petersburg absolviert. Er ist seit 2010 Stipendiat der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS und interessiert sich besonders für Entrepreneurship und Russland. Bei der Konferenz in Kuala Lumpur hat er verstanden, dass Islamic Banking weit mehr ist als zinslose Spareinlagen.



Siri Warrlich (26) hat Internationale Entwicklung in Oxford studiert und arbeitet als Volontärin bei den Stuttgarter Nachrichten. Seit 2009 ist sie Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Im Master hat Siri erforscht, wie südafrikanische Jugendliche sich in Chatrooms verhalten: Quatschen reiche Jugendliche aus Johannesburg und arme Jugendliche aus Soweto im Internet – obwohl sie sich im Offline-Alltag kaum begegnen? Beim KAS-Seminar im Senegal hat sie gelernt: Die Wettbewerbsordnung ist in der Wirtschaft so wichtig wie der Schiedsrichter im Fußball.

Impressum

Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
10907 Berlin

Verantwortlich: Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung
Leiter Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Kontakt: Gunter Rieck Moncayo
Koordinator für Internationale Wirtschaftspolitik
gunter.rieckmoncayo@kas.de

Thomas Volk
Koordinator Islam und Religionsdialog
thomas.volk@kas.de

Weitere Autoren: Dr. Petra Bahr, Mathias Birsens, Jessica Gehring, Julia Gurol, Anna Klein,
Anuscha Loza, Kristina Milz, Maximilian Nowroth, Siri Warrlich

Redaktion: Dr. Stefan Friedrich, Gunter Rieck Moncayo, Thomas Volk, Jochen Markett

Fotos: S. 1 l. © Jon Hrusa, picture-alliance / dpa; S. 1 r. © Ali Haider, picture-alliance / dpa;
S. 16 © Nico Thein, Adobe Stock; S. 24 © Hypnocreative, Adobe Stock; S. 31 © Jo, Adobe Stock;
S. 44 l. © D. Robbins, Adobe Stock; S. 44 r. © Torwai Seubsri, Fotolia; S. 41 / 42 privat;
alle anderen: © KAS bzw. Journalisten-Akademie der KAS und Autoren

Gestaltung/Satz: racken GmbH, Berlin



Der Text dieser Publikation wurde unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“ (CC BY-SA 3.0 DE), <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de>

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-170-5

2015 Sankt Augustin / Berlin

www.kas.de



www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung